

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 20. Februar 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Handbemerkungen zur Innen- und Außenpolitik

Die deutsche Innenpolitik bietet nach wie vor eine Fülle unerfreulicher Erscheinungen. Der Reichswehr-Erlass Groeners, der dem Eintritt ausgesprochener Nationalsozialisten in die Reichswehr keine grundsätzliche Ablehnung mehr entgegenstellt, hat nicht nur bei der Arbeitnehmerschaft, sondern auch in weiten Kreisen des Bürgertums große Empörung hervorgerufen. Die bürgerliche Linkspresse ist sich darin einig, daß dieser Erlass einfach untragbar für das deutsche Volk ist. Man kann schon regelrecht von einem Kurswechsel im Reichswehrministerium sprechen, obwohl doch an dieser Stelle ohnehin allerhand geschehen ist, was sich mit republikanischen und demokratischen Grundätzen schwer vereinbaren läßt. Es scheint aber, als wenn besonders der Chef des Ministeramts General v. Schleicher der Urheber und Betreiber dieser unglaublichen Vorgänge ist. Nachträglich wird nun auch noch bekannt, daß der Cz-Kronprinz mit dem Reichskanzler Dr. Brüning beim General v. Schleicher gemeinsam frühstückten. Das hat zu diesem Bilde gerade noch gefehlt.

Der Vorsitzende des Reichsbanners Höltermann hat inzwischen in einer gewaltigen Kundgebung der Eisernen Front in Dessau scharf Stellung genommen gegenüber den indirekten Anwürfen gegen das Reichsbanner im Erlass Groeners. Höltermann wies darauf hin, daß alle Wehrverbände, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, aufgelöst werden müßten. Wir können Deutschland politischen Abenteurern nicht überlassen, soll nicht ein furchtbares Unglück über unser Vaterland kommen. Das Reichsbanner ist keine „schwarze Polizei“ und wird sich niemals an Aufstellung illegaler Formationen beteiligen. Das Reichsbanner bleibt die Schutztruppe der Republik. Es steht auf dem Boden der Weimarer Verfassung und fordert deren Erhaltung sowie die Erfüllung ihrer Verheißungen.

Der Reichsinnenminister Groener wird nachgerade genau so „problematisch“ wie sein Doppeltgänger, der Wehrminister. Gewiß in löblicher Absicht hat er den Führern sämtlicher Reichstagsparteien ein Schreiben zugeleitet, das sich für die „Fernhaltung der Parteipolitik von der wahlunmündigen Jugend“ ausspricht. Dabei beruft er sich auf vorgekommene Entartungen und Schlägereien der rechts- und linksradikalen Jugend. Er schützt aber unseres Erachtens das Kind mit dem Bade aus. Jugenderziehung im Geiste der Republik gegen die Ungeister des Terrors und der Gewalt ist jetzt bitter notwendig. In dieser Situation kann uns keine übel angebrachte Verallgemeinerung helfen. Die sozialistische wie auch die gewerkschaftliche Jugend, ja die ganze im Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände zusammengefaßte Jugend, bedarf heute mehr denn je der politischen Aufklärung,

damit sie nicht wie bisher den rechtsstaatsfeindlichen Nazis oder KPD-Agitatoren in die Hände fällt. Im übrigen läßt sich die Jugendbewegung unserer Zeit sicherlich nicht nach Groener-Rezepten ausschalten und abschaffen.

* * *

Inzwischen beginnt sich auch die Kampffront zur Reichspräsidentenwahl aufzuklären. Als Wahltermin ist nunmehr der 13. März (evtl. 10. April) vorgesehen. Hitler wird bestimmt gegen Hindenburg kandidieren. Weite Kreise des Bürgertums haben sich für Hindenburg entschieden. Die Kommunisten wissen zwar genau, daß ihr Thälmann eine aussichtslose Angelegenheit ist, aber für sie ist bekanntlich nicht der Kapitalismus und seine Hitler-Beschützer der Hauptfeind, sondern die Sozialdemokratie. Dadurch ist die politisch bejammliche Arbeiterschaft leider gezwungen, genau zu prüfen, wie sie die politische Situation am besten meistern kann, denn der

Sieg der Faschisten muß in jedem Falle verhindert werden.

Die inneren Kämpfe haben in der Zwischenzeit insbesondere zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten an Schärfe nicht nachgelassen, so daß der Berliner Polizeipräsident bereits angedroht hat, keinerlei Versammlungen dieser beiden politischen Gruppen mehr zu gestatten. Aber die Nazis sind gegenwärtig auch sonst recht rege. Nach der Erklärung, daß sie Hindenburg nicht wählen wollen, sondern einen eigenen Kandidaten aufstellen, ist nun wieder die „Stimmung“ bei ihnen sehr radaulustig und angriffslüftern. Es gilt deshalb, auf der Wacht zu sein. In diesem Zusammenhang ist es doch wichtig, festzustellen, daß der Führer der Nazis, Georg Straßer, im Dezember in Stuttgart ein Programm entwickelt hat, das in der Tat für Deutschland einer

Diktatur der Großindustriellen und Großagrarier

gleichkommen würde. Man hat den großindustriellen Geldgebern nicht nur versprochen, die Sozialversicherung aufzuschaffen, an deren Stelle ein „Sparsystem“ zu treten habe. Auch die Tarifverträge sollen aufgehoben und der Mindestlohn gesetzlich festgelegt werden. Sämtliche Lebensmittel würden von der SA mit Beschlagnahme belegt, und schließlich hungert man am Ende gar die politischen Gegner aus!

Während noch immer ein erheblicher Teil der Beamten der nationalsozialistischen Propaganda ins Garn läuft, sind inzwischen Pläne bekanntgeworden über die Beamtenpolitik der Nazis, die am 6. Februar 1932 von der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht wurden. Dieses Dokument betont, daß „auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung drakonische Sparmaßnahmen einzusetzen müßten, von denen auch die Beamtenschaft nicht ausgenommen werden kann.“ Die ungeheure Verschuldung sei auf „leichtfertige Besoldungspolitik und Aufblähung des Behördenapparates

zurückzuführen". Dieser „aufgeblähte Apparat“ werde abgebaut. Vor allem sollen „durch Abbau der Gehälter der Gemeindebeamten die Finanzen der Kommunen geordnet werden!“ Bringt man sich dabei noch den Absatz 3 des Bogheimer Dokuments in Erinnerung, wo es heißt: „Jeder im Dienste öffentlicher Behörden oder öffentlicher Verkehrsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst wieder aufzunehmen. Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft“, so kann man sich wahrlich nicht genug wundern, daß es noch immer Beamte gibt, die sich selbst ins Gesicht schlagen. Deswegen sollten unsere beamteten Kollegen als schärfste Antwort sich überall der Eisernen Front anschließen.

Nun darf man freilich nicht verkennen, daß die Nazis mit den Kommunisten in ihrer Agitation vieles gemeinsam haben, was die Sozialdemokratie verschmäht. Hemmungslos arbeitet die Nazipresse mit Verleumdungen, und jeder Cote, von den Kommunisten erschlagen oder erschossen, muß ihnen als Propaganda dienen, genau wie umgekehrt bei den Kommunisten. Es ist eigentlich beschämend für das ganze deutsche Volk, daß diese Zustände nun schon seit Jahr und Tag eingerissen sind und weder Gesetz, noch Notverordnung, noch Polizei in der Lage zu sein scheinen, wirklich durchgreifend Abhilfe zu schaffen.

Im Untergrund aller dieser Dinge steht freilich die fürchterliche Wirtschaftslage Deutschlands, die entsetzliche Arbeitslosigkeit der sechs Millionen und deren Auswirkung auf Ethik und Moral weiter Teile des deutschen Volkes. Man muß in diesen Notzeiten manchmal trotz allem noch staunen, wie ernst die wirtschaftlichen Probleme in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie von den Massen aufgenommen werden und wie diese politisch durchgebildeten Massen trotz aller Angriffe von rechts und links ihr politisches Gleichgewicht behalten. Das läßt immerhin die Hoffnung zu, bei besserer Wirtschaftskonjunktur wird der ganze Hitler- und Thälmann-Spuk auf das unbedeutende Maß zurückgedrängt werden, wie es in den anderen Ländern Mitteleuropas zurzeit der Fall ist. Denn diese Bürgerkriegspest, von der Deutschland jetzt befallen ist, findet sich weder in England noch in Frankreich, nicht in Skandinavien und auch nicht in Oesterreich.

Die Außenpolitik hat jetzt fast täglich ungemein wichtige Entscheidungen und Vorgänge aufzuweisen, so daß es schwer fällt, sie zusammenfassend zu registrieren. Die ewig verschobene Reparationskonferenz soll nun endgültig auf Mitte 1932 verlegt werden. Man will aber jetzt schon sicher wissen, daß es sich dabei, entsprechend dem Wunsche Englands und Frankreichs, nur um die Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr handeln kann. Die Konzentration aller politischen Kreise Deutschlands auf die eine Forderung „Fort mit den Reparationen!“ hat also auf die Gegenspieler keinen Eindruck gemacht, das Amerika seinen Schuldenverzicht aussprechen wollte.

Inzwischen prallt der Redestrom der Abrüstungskonferenz in Genf weiter. Nach der Rede Brüning's, die durch die gesamte Presse ging und gegen deren Inhalt auch von unserem Standpunkt aus kaum Wesentliches einzumachen ist, kam Frankreich an die Reihe. Cardieu, der Kriegsminister, entwickelte überraschend einen neuen Plan für ein Exekutivbüro des Völkerbundes. Mit Recht haben unsere Genossen in Frankreich diesen Plan als einen Schachzug und als Bluff bezeichnet. Die Stimmung der arbeitenden Massen in Frankreich und Belgien hatten vorher in großen Kundgebungen die Genossen Dandervelde und Jouhaux zum Ausdruck gebracht. Sie sind für weitest gehende Abrüstung, wie das für Sozialisten selbstverständlich ist.

Ein großzügiges Programm entwickelte der russische Volkskommissar für das Ausland Litwinow auf der

Abrüstungskonferenz. Er forderte allgemeine Sicherheit gegen den Krieg und machte sich über die französischen Vorschläge einer internationalen Armee lustig. Allenfalls sei dabei höchstens die Absicht bedenklich, daß diese internationale Armee gegen die Sowjet-Union verwendet werden soll. Der einzige Weg, um Kriege zu verhindern und die Sicherheit der Völker herbeizuführen, sei die völlige und allgemeine Abrüstung. Bei alledem schlug Litwinow ein Etappenprogramm vor mit dem Verbot der Werkzeuge des Angriffskrieges, und zwar: 1. Panzerwagen und schwere, weitrtragende Artillerie. 2. Schiffe mit mehr als 10 000 Tonnen Wasserverdrängung. 3. Schiffsartillerie mit einem Kaliber von mehr als zwölf Zoll. 4. Flugzeugmutter-schiffe. 5. Militärluftschiffe. 6. Schwere Bombenflugzeuge, alle Fliegerbomben und alle durch Luftfahrzeuge zu befördernden Zerstörungsmittel. 7. Alle Apparate und Vorrichtungen zum Angriff mit chemischen, bakteriologischen oder Brandwerkzeugen.

Der italienische Außenminister Grandi drückte sich sehr vorsichtig um eine klare Stellungnahme. Er sprach von der „vorbereitenden Abrüstungskommission, die wertvolle Unterlagen für die Verhandlungen bringen“.

Energisch und eindrucksvoll hat dann der Außenminister der neuen spanischen Republik Zulueta Forderungen aufgestellt über Beschränkung des lagernden Materials, die Bekanntgabe und beständige Einfügung von Abkommen über die Kontrolle des Waffenhandels und der Waffenfabrikation in das Abrüstungsabkommen. Ferner tritt Spanien für Begrenzung der Flotten auf Kriegsschiffe mit 10 000 Tonnen, Begrenzung des Kalibers der Schiffsgechüße auf 203 Millimeter sowie für die Beschränkung der U-Boote auf 1000 Tonnen ein.

* * *

Die Verhandlungen in Genf werden voraussichtlich noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Es verlautet, daß in den nächsten Tagen auch Deutschland ein ausführliches Abrüstungsprogramm entwickeln wird. Inzwischen gab es zwar vorübergehend einen Waffenstillstand zwischen Japan und China, der aber in erster Linie wohl durch den unerwarteten starken militärischen Widerstand Chinas hervorgerufen wurde. Japan scheint neue Truppen heranzubringen, und das Ende des ostasiatischen Konfliktes ist nicht abzusehen, wenn nicht doch endlich Amerika und England energisch Einspruch erheben; denn der Völkerbund scheint seine problematische Rolle in dieser Sache weiterspielen zu wollen.

Ein neuer Konflikt ist gegenwärtig in Memel entstanden, wobei Litauen seine Hand im Spiele hat. Man will offenkundig darauf hinaus, das zu vier Fünfteln deutsche Memel durch einen Gewaltstreich endgültig an Litauen zu verketten. Auch hier sind Einsprüche seitens Deutschlands beim Völkerbund erfolgt. Ob sie aber das Unheil verhindern können, steht noch dahin. * * *

In den Vordergrund aller politischen und wirtschaftlichen Vorgänge muß in Deutschland die Arbeitsbeschaffung gerückt werden. Wohl sind eine Fülle von Programmen und Kundgebungen von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erlassen, die Realisierbarkeit ist aber zum erheblichen Teil eine politische Machtfrage. Infolge der Zerrissenheit der Arbeitnehmerschaft können wir leider nicht das volle Gewicht in die Waagschale werfen, zumal sich die Schwerindustrie mit den Nationalsozialisten verbündet hat. Trotzdem müssen wir den Kampf auf breitester Basis aufnehmen. Er ist nicht aussichtslos, wie die Erfolge der Eisernen Front und die feste Haltung der Gewerkschaften beweisen. Es gilt, die Menschen systematisch politisch und wirtschaftlich aufzuklären, damit sie von dem Phrasengebimmel und dem Lügenfeldzug, aber auch von den Gewaltmethoden der Nazis und Kommunisten endlich genug haben.

E. D.

Das Dritte Reich und die Frauen

I.

Die faschistische Gefahr in Deutschland ist groß; das wissen wir alle. Ob es bei uns wie in Italien zu einer Diktatur des Faschismus kommen wird, hängt von der Macht der sozialistisch-proletarischen Bewegung ab. Wird sie genügend Widerstandskraft haben, um den Gelüsten der Großbesitzer, des Agrarkapitals, des Industrie- und Bankkapitals einen starken Wall entgegenzusetzen zu können? Und wird unsere Bewegung soviel idealen Schwung und positive Gestaltungskraft besitzen, um von sich aus die Neugestaltung der im kapitalistischen Todeskampf liegenden Welt in Angriff nehmen zu können?

Der Sozialismus hat diese Kraft! Er stellt eine ungeheure starke Wirtschaft- und Ideenmacht dar. Erst im wirtschaftlichen Chaos erkennt man die Bedeutung einer geordneten Bedarfswirtschaft, die jedem arbeitenden Menschen eine ausreichende Lebenshaltung verbürgt. Erst im Zusammenbruch einer sittlich faulen Welt erkennen wir den Wert von Ideen, wie Menschengleichheit und Gleichberechtigung. Ihre Größe wird um so höher geschätzt, wenn wir sie an den programmatischen Grundsätzen anderer Weltanschauungsparteien prüfen. Die Stellung der Frau im Nationalsozialismus bietet uns hierzu ein eindeutiges Beispiel. Im Sozialismus ist die Frau dem Manne gleichberechtigt und gleichwertig, wenn auch ihre Andersartigkeit selbstverständlich erkannt ist. Der Faschismus wirft die Frauen in eine Zeit finsterner Barbarei zurück. Merkwürdig erscheint allerdings, daß das Programm des Nationalsozialismus nichts über die rechtliche, politische und gesellschaftliche Stellung der Frau ausfragt, und daß es die kinderlose, unverheiratete Frau nicht zu kennen heißt: „Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes.“ Da sich auch in Hitlers Buch „Mein Kampf“ nichts Näheres über die Stellung der Frau im Dritten Reich findet — abgesehen von einigen Phrasen, wie die Bedeutung der Frau als Hüterin der Rasse, Hervorhebung des Kinderreichtums, Warnung vor „schwarzhaarigen Judenjungen und Judenbankerten“ —, so sollte man denken, der Nationalsozialismus habe keine bestimmte Meinung über dies wichtige Problem. Stufig wird man jedoch bei der Lektüre der faschistischen Theoretiker; denn bei ihnen findet sich nicht nur eine eigene Meinung über das Frauenproblem, sondern auch eine theoretische Begründung dieser Meinung, so daß man die Ueberzeugung gewinnt: den Faschisten erscheint es gefährlich, den Frauen klar und offen zu sagen, was ihrer im Dritten Reich wartet! Die Denkenden unter ihnen würden sich für den Zustand der Unterdrückung und Rechtlosigkeit schwer beikommen. So versteckt sich die faschistische Meinung über die Frau in dickleibige Folianten, die von der Masse nicht gelesen werden.

Um zu beweisen, daß die Frau, auch heute noch, nur ins Haus gehört, daß ihre einzige Aufgabe darin zu bestehen hat, Kinder für die Arbeitsarmee und als Schlachtopfer kapitalistischer Kriege zu gebären, muß man von der Erkenntnis der weiblichen Natur ausgehen. Die Frau ist also nach faschistischer Ansicht ein rein lyrisch veranlagtes Geschöpf und nur persönlich eingestellt. Alles Sachliche liegt ihr nicht. Mit Behagen zitiert man den Ausspruch des Aristoteles: „Das Weibchen ist Weib kraft einer gewissen Fähigkeitslosigkeit“ und den von Thomas v. Aquino: „Die Frau ist schnellwachsendes Unkraut, sie ist ein unvollkommener Mensch, dessen Körper nur schneller zur vollständigen Entwicklung kommt, weil er von geringerem Wert ist, und weil die Natur sich weniger mit ihm beschäftigt. Die Frauen werden geboren, um ewig unter dem Joch ihres Herrn und Meisters gehalten zu werden, den die Natur zur Herrschaft bestimmt hat.“ Sehr einfach sagt Goebbels: „Die Frau hat die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen.“ — Es kümmert die Faschisten nicht, daß es vergangene Zeiten des Mutterrechts gegeben hat, in denen der Frau die beherrschende Rolle in Staat und Gesellschaft zufiel. Solche Tatsachen werden als „zusammengekrachte, kümmerliche und schwer nachprüfbare Reiseberichte“ bezeichnet. Ueber zurückliegende Zeiten schlimmer Unterdrückung geht man leichtfertig hinweg: „Offensichtliche Geschichtsfälschungen“ nennt sie Rosenberg. Und: „Ihre (der Frau) vermeintliche Hörigkeit ist nichts als Gehorsam gegenüber der naturgesetzlichen Notwendigkeit.“ Eine herrliche Entschuldigung für Rechtlosigkeit und Sklaverei! Sie steht auf derselben Stufe wie die Erklärung, daß gewisse Stände zum Regieren bestimmt sind und die andern zum Gehorchen. Wir „beglückwünschen“ die Frauen im Dritten Reich; sie werden nicht nur völlig verklärt sein, sondern ihre Verklärung „als Naturgesetz“ und als geschichtlich erwiesene Selbstverständlichkeit anerkennen müssen. — Ganz so leicht fällt es den Faschisten nicht, sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß im 19. Jahrhundert durch

die Zerstörung der Familie als Produktionsgemeinschaft die Frau ins Erwerbsleben getrieben wurde, daß ihr Persönlichkeitsbewußtsein erwachte und sie die Stellung in Staat und Gesellschaft verlangte, die ihren Leistungen entsprach. Man kommt zu der Feststellung: eine „kleine Minderheit von Unfrauen“ habe diese „widernatürliche“ Bewegung verursacht! Ja, ja, wir glauben es schon: die persönlichkeitsstarken und wirtschaftlich selbständigen Frauen mit unerbogenem Denken werden den Nationalsozialisten noch recht unbequem werden, und da man sie in ihren Bestrebungen nicht sachlich widerlegen kann, tut man sie mit einer Handbewegung als „Unfrauen“ ab. Man macht es sich wirklich leicht!

henry Schumacher.

Schwindeleien über „siegreiche RGO.-Streiks“

Die „Rote Fahne“ brachte in ihrer Nr. 10 vom 13. Januar d. J. in der ersten Beilage unter großer Balkenüberschrift „100 siegreiche RGO.-Streiks“ eine Aufstellung angeblicher erfolgreicher Streiks unter Führung der RGO. Von Streiks innerhalb unseres Organisationsbereichs war unserem Verbandsvorstand nichts bekannt. Er wandte sich deshalb an die in Frage kommenden Ortsverwaltungen um Auskunft. Das Ergebnis bestätigte wieder einmal, welcher bodenlose Schwindel in der KPD.-Presse getrieben wird. — Von den etwa 20 für unseren Verband in Betracht kommenden Fällen war auch

nicht ein einziger Fall

der auch bei weitherzigster Auslegung irgendwie einen Erfolg gezeitigt hätte. Viele Ortsverwaltungen erfuhren überhaupt erst durch Anfrage des Verbandsvorstandes von diesen „Streiks“. Wir geben nachstehend einige Beispiele:

Die „Rote Fahne“ schrieb:

1. Wohlfahrtsarbeiter in Hilden: Pflichtarbeit bis auf weiteres eingestellt.
2. Groha Vegesack, Aumund, Blumenthal: In allen Orten erzwingt Massenaufmarsch von Erwerbslosen Zurücknahme der Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung.
3. Hafenarbeiter Magdeburg Firma Schulze: Lohnabbau vor Verbindlichkeitsklärung abgewehrt.
4. Gaswerk Königsberg-Cosse: Kampfschlossenheit verhindert Einführung des Bereitschaftsdienstes.
5. Hanau (Main), Fuhrpark RGO: erreichte, daß für Arbeitszeitverkürzung von 50 auf 48 Stunden sechs Mark Lohnausgleich gezahlt werden.

Tatsache war:

Die Stadtverwaltung hat von sich aus diese Arbeiten eingestellt.

Unsere Funktionäre ist von Streiks und Massenaufmärschen nichts bekannt. Diese bestanden nur in der Phantasie des Berichterstatters der „Roten Fahne“. Kürzung der Unterstützungssätze erfolgte auf Anordnung des Regierungspräsidenten. Eine Zurücknahme ist nicht erfolgt. Lohnsenkung laut Schiedsspruch ab 1. Dez. 1931. Die Firma Schulze zahlte zwar bis Verbindlichkeit die alten Sätze, zog aber nachher bei der nächsten Lohnzahlung ab 1. Dezember den zuviel gezahlten Lohn wieder ab.

Die Verwaltung beabsichtigte die Einführung eines Bereitschaftsdienstes für nachts (2 Mann). Der Betriebsrat und unsere Ortsverwaltung haben sofort eingegriffen. Von irgendwelchen Kampfvorbereitungen war nichts zu merken. Selbst der KPD.- und RGO.-Betriebsrat Stadthaus gab zu, daß die Notiz völlig übertrieben sei.

Es kommt nicht der Fuhrpark, sondern die Müllabfuhr in Frage. Gearbeitet wurden 5 Tage à 8 Stunden. Dafür wurden 50 Stunden bezahlt. Jetzt wird 6 Tage à 8 Stunden gearbeitet und 48 Stunden werden bezahlt. Als Ausgleich für die schwere Arbeit werden dazu noch 1,50 Mk. vergütet. Im Ergebnis also Arbeitszeitverlängerung. Im übrigen praktisch dasselbe finanzielle Ergebnis wie früher.

Jeder organisierte Arbeiter weiß nun, was er von den „Sieges“fanfaren der „Roten Fahne“ und der anderen KPD.-Blätter zu halten hat.

Danzig-Gdingen

Danzig-Gdingen heißt Danzig-Polen, denn in der Hafenpolitik Polens spiegelt sich die Stellung unseres östlichen Grenzpartners zu dem Freistaat Danzig, den ein politischer Kurpfuscher aus Deutschland herauschnitt, wider. Wir wollen aber keinen politischen Artikel schreiben, sondern nur kurz das wirtschaftliche Problem streifen, das mit der Aufrichtung des Freistaates Danzig und seiner Unterstellung unter polnische Aufsicht für unsere Kollegen h a s e n a r b e i t e r entstanden ist.

Nach dem Kriege nahm Danzig einen starken Aufschwung, da die seewärtige Ein- und Ausfuhr Polens über diesen Hafen ging. Manderlei politische und unpolitische Annahmen Polens wurden von Danzig leicht ertragen, da der Hafen sein Lebensnerv ist. Solange der Danziger Hafen floriert, solange geht es Danzig wirtschaftlich gut oder zum mindesten erträglich.

Aber dann merkte Polen, daß seine Polonisierungsversuche in Danzig nicht die nötige Gegenliebe fanden. Dilettant hielt Polen es auch für besser, auf alle Fälle einen eigenen Hafen zu besitzen, um so mehr, als es mit verschiedenen militärischen Ansprüchen in Danzig gescheitert war. Jedenfalls ging Polen dazu über, sein 400 Einwohner starkes Fischerdorf Gdingen, in unmittelbarer Nähe Danzigs gelegen, mit Hilfe recht vieler französischer Goldfranken zu einem großen modernen Hafen auszubauen. Wir brauchen an dieser Stelle nicht langatmig zu untersuchen, ob nicht ein wenig mehr Entgegenkommen der Danziger Großkaufmannschaft und etwas mehr internationales Gefühl den Bau eines eigenen polnischen Hafens verhindert hätten. Es gibt ernste Leute, die das behaupten. Wir selbst glauben, daß der Einspruch des Völkerbundsrates gegen gewisse militärische Experimente Polens in Danzig sowohl Polen als auch seinem großmächtigen Verbündeten es geraten scheinen ließ, einen Hafen auf polnischem Gebiet zu bauen. Wie dem auch sei: dieser polnische Hafen Gdingen untergräbt von Jahr zu Jahr mehr den Danziger Hafen und damit die Existenz unserer Kollegen Hafenarbeiter.

Daß Polen diese Wirkung seines Hafens abstrahiert, könnte seltsam erscheinen, wenn es nicht notwendig wäre, das Gesicht zu wahren. Polen ist nämlich durch das Warschauer Abkommen von 1921 verpflichtet, „die Interessen der Freien Stadt Danzig nach Möglichkeit zu schützen“ und bei der Gestaltung der Eisenbahntarife „die Erfordernisse des Danziger Wirtschaftslebens zu berücksichtigen“ sowie die Wettbewerbsfähigkeit Danzigs mit anderen Häfen nach Möglichkeit zu fördern. Danzig ist auf das polnische Hinterland angewiesen, aber die Eisenbahnpolitik ist auf die Interessen Gdingens abgestimmt. Gdingen hat schon seit Jahren

die niedrigsten Hafenkosten und hat sie vor kurzem wieder herabgesetzt. Polen will sogar den Transitverkehr über Hamburg und Bremen (Baumwolle) durch seine Monopol- und Eisenbahnpolitik unmöglich machen.

Wie wenig die Pflege des Gdinger Hafens mit der Warschauer Verpflichtung von 1921 übereinstimmt, dafür einige Zahlen. Setzt man den von Danzig und Gdingen bewältigten Verkehr gleich 100, dann gingen

	1924	1925	1926	1927	1928	1929
über Danzig	99,3	96,2	94,3	90,2	80,5	73,8
über Gdingen	0,7	3,8	5,7	9,8	19,5	26,2

Für die beiden letzten Jahre ergibt sich folgende Gegenüberstellung. Es betragen in Tonnen

	die Einfuhr		die Ausfuhr	
	1930	1931	1930	1931
über Danzig	1 090 632	754 300	7 122 461	7 576 205
über Gdingen	504 117	558 548	3 121 631	4 741 564

Die seewärtige Einfuhr über Danzig ist demnach um 30,8 Proz. zurückgegangen, die über Gdingen ist um 10,8 Proz. gestiegen. Die Ausfuhr über Danzig stieg um 6,4 Proz., die über Gdingen ist aber um 51,9 Proz. gewachsen. Der Gesamtumschlag ist in Danzig um 1,4 Proz., in Gdingen um 46,2 Proz. gestiegen. Von dem Gesamtumschlag der beiden Häfen gingen 1930 über Danzig 69,4 Proz., über Gdingen 30,6 Proz., 1931 über Danzig 61,0 Proz., über Gdingen 39 Proz.

Heute kommt Danzig noch die krampfhaft hochgetriebene Ausfuhr Polens zugute, bei einem Zusammenbruch dieser Handelspolitik muß man für Danzig sehr schwarz sehen. Auch der immer weiter voranschreitende Ausbau des polnischen Hafens, dessen Verkehr mit den Mitteln eines 30-Millionen-Dolkes gefördert wird, birgt für Danzig die schwersten Gefahren. Solange das schwerreiche Frankreich, in dessen Interesse auch die für Danzig abträgliche polnische Eisenbahnpolitik betrieben wird, hinter Polen steht, kann es sich leisten, in Gdingen „billiger“ zu sein, obwohl nach einer so vorzüglichen Quelle, wie die „Frankfurter Zeitung“, der Umschlag von einer Million Tonnen in Gdingen 6,4 Millionen Mark und in Danzig 2,4 Millionen Mark kostet.

Bei Lohnbewegungen haben wir natürlich an diesem Gegensatz Danzig-Gdingen schwer zu tragen. Eine Milderung des Konkurrenzkampfes dürfte erst zu erwarten sein, wenn es zu einer Verständigung zwischen Polen und Deutschland kommt. C. E.

Die Konsumgenossenschaften in der Wirtschaftskrise

Die Konsumgenossenschaften bilden keine Inseln im Wirtschaftsleben des Volkes. Sie stehen — trotz gegensätzlichen Wesens zur Privatwirtschaft, die sich im Privatbesitz der Produktionsmittel und damit im „Gewinn am Dritten“ manifestiert — mitten im Wirtschaftsverkehr und sind mit geringen Abweichungen den gleichen Steuer- und sonstigen Gesetzen der Wirtschaft und des Staates unterworfen. Sinkt die Kaufkraft der Verbrauchermassen, auf der eine gesunde Volkswirtschaft sich aufbaut, so wirkt sich diese Tatsache nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch bei den Konsumgenossenschaften aus: die Warenumsätze sinken. Allerdings bei den Konsumgenossenschaften nicht im gleichen Ausmaß wie bei der Privatwirtschaft, wie die volkswirtschaftliche Statistik ausweist. So sind beispielsweise nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung die Einzelhandelsumsätze des laufenden Jahres auf den Stand von 1925 zurückgegangen, während die Umsätze der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1931 noch über denen des Jahres 1927 liegen. Woraus sich also im ganzen eine stärkere Widerstandskraft der Konsumgenossenschaften in der Wirtschaftskrise ergibt. Die Konzentration der Kaufkraft, die durch Lohn- und Gehaltsabbau sowohl für die Privatwirtschaft wie für die Konsumgenossenschaften an sich gleich geringer geworden ist, zwingt zur stärksten Ausnutzung der genossenschaftlichen Bedarfsdeckung zum Zwecke eines verhältnismäßigen Ausgleichs.

Der Umsatzverlust im Zentralverband deutscher Konsumvereine betrug in den ersten drei Vierteljahren von 1931 rund 99 Millionen Mark gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es sind 11,4 Proz., was angesichts der Preisrückgänge nicht besonders hoch erscheint. Indes ist der Durchschnittsumsatz je Mitglied im dritten Vierteljahr 1931 mit 86,05 Mk. gegen

100,20 Mk. gegenüber der Vergleichszeit von 1930 um 14,15 Mk. oder 14,1 Proz. niedriger. Selbstverständlich bewirkt der Rückgang des Umsatzes durch Preisenkung bei absolut gleichbleibenden Unkosten deren automatische, d. h. verhältnismäßige Steigerung. Woraus unschwer auch die Schwierigkeiten der Konsumgenossenschaften in der Wirtschaftskrise, die von ihnen am allerwenigsten zu verantworten ist, gefolgert werden können. Aber da in den Konsumgenossenschaften mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes — schon nach den gesetzlichen Bestimmungen! — verfahren wird, so bleibt ihre Widerstandskraft erhalten. Insbesondere auch deshalb, weil, wie schon gezeigt, die Umsätze der konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckung weniger stark gesunken sind, als die des Einzelhandels.

Auch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (GEG.) konnte sich diesem Umsatzrückgang nicht entziehen. Ihr Gesamtumsatz in den ersten drei Vierteljahren von 1931 betrug 320,8 Millionen Mark gegen 365,2 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres: also 44,4 Millionen Mark oder 12,2 Proz. weniger. Dabei ist aber die interessante Tatsache zu vermerken, daß der Anteil der Eigenproduktion der GEG. an ihrem Gesamtumsatz höher geworden ist, denn er betrug im genannten Zeitraum 107,2 Millionen Mark gegen 99,1 Millionen Mark im Vorjahr. Das sind 8,1 Millionen Mark oder 8,2 Proz. mehr. Da die zentrale konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion gewissermaßen das Rückgrat der konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckungs-wirtschaft darstellt, so ergibt sich aus ihrer Steigerung beim gleichzeitigen Rückgang des Gesamtumsatzes — auch bei den Konsumgenossenschaften selbst — eine starke Ausgleichsbasis zur Überwindung der Wirtschaftskrise, die auch vor den Toren der Konsumgenossenschaften nicht haltgemacht hat. —ff.

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 7/8

Berlin, den 20. Februar 1932

3. Jahrgang

Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand

In den Kreisen der Nationalökonomien ringt sich mehr und mehr der Gedanke durch, daß die so schwer daniederliegende Volkswirtschaft durch die öffentliche Hand wieder in Gang gebracht werden muß.

In erster Linie wird daran gedacht, die schon bestehende öffentliche Wirtschaft durch stärkere Finanzierung stärker flott zu machen, und durch Ausbesserung der stark in Verfall geratenen Land- und Stadtstraßen, durch Anlage neuer Land-, vornehmlich Automobilstraßen, durch Um- und Neubauten der vielen zerrütteten alten und notwendigen neuen Fluß- und Kanalbrücken, durch Elektrifizierung der Eisenbahnen, durch Anlage von Staubecken und Talsperren usw. neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Gegen solche Pläne der öffentlichen Hand, besonders, wenn sie in eigener Regie ausgeführt werden sollen, kämpft der Privatkapitalismus mit voller Schärfe. Was scheren ihn Staat und Wirtschaft, wenn dabei sein Profit zum Teufel geht, und darum will er öffentliche Wirtschaft nur insoweit, als sie profitlos ist; Betriebe aber, die kapitalistische Gewinne abwerfen, gehören nach Privatwirtschaftslogik in die Hände der Industriefürsten. Das stärkere Anrennen dieser Herrschaften gegen die öffentliche Wirtschaft fürchtet auch Landrat Dr. Boden, der in einem ausführlichen Artikel über „Wirtschaftsnot und kommunale Betätigung der Landkreise“ in der „Zeitschrift für Selbstverwaltung“ unter anderem schreibt:

„Weit härter wird sich die Wirtschaftsnot auf die eigenen Unternehmungen und Betriebe der Kreise auswirken, und diese Befürchtung, die sich vielfach erst bei der nächsten Rechnungslegung in ihrem vollen Ausmaße als wahr herausstellen kann, wird die Vertreter der freien Wirtschaft gewiß vielerorts zu einem erneuten Vorstoß gegen jedwede Betätigung der öffentlichen Hand in unserem Wirtschaftsleben veranlassen. Man verkennet ja in der Öffentlichkeit viel zu sehr die geringe Bedeutung, die die wirtschaftlichen Betriebe für die Landkreise in ihrer Gesamtheit und im Verhältnis zu anderen Gemeinwesen besitzen. Nach den Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik aus dem Rechnungsjahr 1928/29, die Dr. Heymann zur Grundlage eines beachtenswerten Aufsatzes „Die Betriebs-einkünfte der Landkreise“ („Zeitschrift für Selbstverwaltung“ 1931 Heft 11) macht, stellt sich die Gesamtzahl der Betriebe aller Kreisverbände, wozu nicht nur die eigenen Betriebe, sondern auch die vergesellschafteten, verpachteten und konzessionierten sowie die Beteiligung an solchen Betrieben zählen, auf insgesamt 702. Davon dienen 42 Proz. der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung,

25 Proz. stellen Kreditunternehmungen, also Kreisparkassen und Banken dar, 15 Proz. sind Verkehrsunternehmungen und rund 6 Proz. land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Auf sonstige Betriebe entfallen nur 12 Proz. Diese letzteren Betriebe sind ihrer Art nach in den einzelnen Landesteilen recht verschieden. Wir finden Kanäle, Hafens, Talsperren, Schiffahrts- und Schleppbetriebe, Fähren, Werften, Torfwerke, Ziegeleien, Sägewerke, Lagerhäuser und wiederum Weinberge mit und ohne Weinvertrieb, Waschanstalten, Schmieden, Mühlen, Desinfektionsanstalten, Betriebe zur Verwertung landwirtschaftlicher

Produkte usw., fast alles Betriebe, von denen man wohl sagen kann, daß bei der inneren Verbundenheit ihrer Art mit den Aufgaben einer modernen Kommune ihre Aufnahme durch Landkreisverwaltungen wirklich keinen Eingriff in ein der freien Wirtschaft allein vorzubehaltendes Gebiet darstellt. In wie vielen dieser Fälle mag die Aufnahme des betreffenden Betriebes als unabwendbare Notwendigkeit zur Hebung der heimischen Wirtschaft und zum Nutzen der Kreisbevölkerung erfolgt sein, obwohl man sich von Anfang an klar war, daß es ein Zuschußbetrieb werden würde. Hierzu eine interessante Vergleichsziffer: Die Kreisbetriebe decken nur 1,6 Proz. des reinen Finanzbedarfs, während die Betriebe der Großstädte 9,1 Proz. decken. Ich bin aber der Auffassung, daß man gerade in Verfolg der Wirtschaftskrise unserer Zeit, wo alles auf das eine Ziel: Arbeitsbeschaffung hinwirken muß, nicht kleinlich sein sollte, insbesondere, wenn es sich um gemischt-wirtschaftliche Unter-

nehmen handelt, sei es, daß solche neu zu gründen sind oder, daß bestehende Privatwirtschaftsbetriebe durch Kapitalzuschüsse aus der öffentlichen Hand, soweit diese im Einzelfall hierzu noch in der Lage sein sollte, zu solchen gemacht werden. Die beiderseitigen Interessen sind viel zu gleichlaufend: Der Wirtschaftler bedarf der Arbeit, um das investierte Kapital verzinst zu sehen und den Unterhalt für sich und seine Arbeiterfamilie zu verdienen; jede Kommune wünscht den Betrieb der Wirtschaft, um einen Ausfall von Steuern zu vermeiden und durch die Derbienstlosigkeit der Arbeiter ein ständiges Anwachsen der Wohlfahrtslasten zu verhüten.“

Den letzteren Ausführungen wird man nur im Interesse schneller Arbeitsbeschaffung zustimmen können. Die öffentliche Hand muß aber die Kontrolle über solche Betriebe behalten und das Ziel ihrer Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung im Auge behalten. Unser weiteres Ziel ist der Sozialismus, der Wirtschaftskrisen mit ihren furchtbaren Arbeitslosennot unermöglicht macht. Auf dem Wege dahin sind öffentliche Betriebe wichtige Etappen.

G. R.

An die Jungen!

Ihr Jungen,
die ihr aus der Bitternis dieser Tage
lebensgläubig die Herzen erhebt
in das Licht unserer Sonne,
werdet nicht müde durch das Unmaß an Leid.

Ihr Jungen,
die ihr aufsteht gegen die menschliche Wirkfal
gegen die Entbehrung und den Mangel,
seltener Klugheit und sinnloser Sucht,
seid stark in dem Sturm der Not, seid stark!

Ihr Jungen,
die ihr gekommen seid als Kämpfer im ewigen Ringen,
euch vertrauen wir für die Tage steigender Sonne,
an euch geben wir das Ertrugene unserer Leben,
in eure Hände legen wir alle Hoffnung des Kommenden.

Ihr Jungen,
die ihr über die Häupter die Fahne der neuen Zeit
und die Zeichen ewigen Aufruhrs entfaltet,
schreitet hinweg über die Gräber des Vergangenen
über die Hügel der Not zu den Höhen der letzten Freiheit.

Ihr Jungen,
denn so lautet der Glaube der Väter und Vergessenen,
gefallen im ehernen Kampf um die Rechte der Menschheit,
als da sind Freiheit, Gerechtigkeit und die strahlende Schönheit.
Opfer um Opfer bauen die Stufen zur letzten Vollendung!

Alfred Thieme

Das kommunale Erwerbsvermögen 1929 - 1932

Aus nachfolgender Uebersicht ist im einzelnen zu ersehen, welche Ueberschüsse die Gemeindeverbände nach den Vermögensarten für das Rechnungsjahr 1929/30 abgeworfen haben.

Ueberschüsse und Zuschüsse der Gemeinden und Gemeindeverbände für das Rechnungsjahr 1929/30	Ueberschüsse			
	Beteiligte Körperschaften		Betrag	
	Zahl	in Proz. d. Körperschaften insgesamt	in 1000 Mark	Proz.
Elektrizitätsversorgung	5 452	10,4	290 158	38,3
Gasversorgung	1 040	2,0	120 345	15,9
Wasserversorgung	5 429	10,4	71 403	9,4
Verkehrsunternehmungen	320	0,6	22 181	2,9
Kreditunternehmungen	1 012	1,9	16 620	2,2
Schlacht- und Viehhöfe	540	1,0	7 703	1,0
Land- u. forstwirtschaftl. Betriebe	8 423	16,1	59 430	7,8
Sonstige Betriebe	1 787	3,4	8 649	1,1
Betriebsvermögen insgesamt			596 489	78,6
Allgemeines Grundvermögen	30 493	58,3	85 366	11,3
Allgemeines Kapitalvermögen	15 871	30,4	76 514	10,1
Erwerbsvermögen insgesamt			758 369	100

Das kommunale Erwerbsvermögen, also die Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke, Verkehrsunternehmungen u. a., stellen für die Gemeinden und Gemeindeverbände oft eine bedeutungsvolle Einnahmequelle dar. So sind den Gemeinden im Rechnungsjahre 1929/30 aus der Bewirtschaftung des gesamten Erwerbsvermögens Ueberschüsse in Höhe von 636,7 Millionen Mark zugeflossen. An diesem Gesamtbetrag sind 32 343 Gemeinden und 703 Gemeindeverbände, also mehr als drei Fünftel sämtlicher kommunaler Körperschaften beteiligt. Der durchschnittliche Kopfbeitrag dieser Ueberschüsse beträgt 11,73 Mk. Ein Vergleich der einzelnen Gemeindegroßenklassen zeigt, daß sich die Rentabilität dieser Betriebe mit der Einwohnerzahl erhöht. In Großstädten sind die Erwerbsüberschüsse mit durchschnittlich 17,44 je Kopf der Bevölkerung am bedeutendsten. — Es entspricht dem Grundgesetz erwerbswirtschaftlicher Nutzung, daß die kommunalen Erwerbsvermögen Ueberschüsse für den Ausgleich des kommunalen Haushalts abwerfen. Trotzdem gibt es auch eine Anzahl von kommunalen Körperschaften, deren Erwerbsvermögen statt mit einem Ueberschuß, mit einem Zuschuß abschließt. Für das Rechnungsjahr 1929/30 sind insgesamt 8384 Gemeinden und Gemeindeverbände ermittelt worden, deren Erwerbsvermögen Zuschüsse erfordert hat. Die Summe dieser Zuschüsse ist jedoch mit 25,6 Millionen Mark im Verhältnis zur Summe der Ueberschüsse gering.

Rechnet man die für die einzelnen Körperschaften ermittelten Ueberschüsse und Zuschüsse des Erwerbsvermögens gegeneinander auf, so entsteht 1929/30 ein Reinüberschuß von 611,0 Millionen Mark gegenüber 620,6 Millionen Mark für das Vorjahr und 522,6 Millionen Mark für 1927/28. Der Rückgang gegenüber 1928/29 geht zu Lasten der Gemeinden, deren Reinüberschüsse sich gegenüber dem Vorjahr um 17,2 Millionen Mark vermindert haben, während der Reinüberschuß der Gemeindeverbände um 7,6 Millionen Mark gestiegen ist. Der Anteil des gesamten Reinüberschusses an der Deckung des kommunalen Zuschußbedarfs beträgt 1929/30 11,3 Proz. gegenüber 12,0 Proz. im Vorjahre. Er ist etwas zurückgegangen.

Wenn man die Zuschüsse für diese Betriebe von den Ueberschüssen in Abzug bringt, so ergeben sich die reinen Ueberschüsse. Diese haben in den Jahren 1928 bis 1930 folgende Entwicklung genommen:

Reinüberschüsse	1928/29	1929/30
	in 1000 Mark	
Elektrizitätsversorgung	266 750	287 053
Gasversorgung	113 841	119 049
Wasserversorgung	49 886	53 806
Verkehrsunternehmungen	44 009	9 220
Kreditunternehmungen	6 258	12 158
Schlacht- und Viehhöfe	6 408	5 850
Sonstige Betriebe	7 118	5 014
Betriebsvermögen insgesamt¹⁾	480 034	482 122
Allgemeines Grundvermögen ²⁾	100 455	73 779
Allgemeines Kapitalvermögen	40 083	55 105
Erwerbsvermögen insgesamt	620 572	611 006

¹⁾ Ohne land- und forstwirtschaftliche Betriebe
²⁾ Einschließlich land- und forstwirtschaftliche Betriebe

Als Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise dürfte im Reintrag des kommunalen Erwerbsvermögens bis heute einige Rückgänge erfahren haben. Nach ziemlich genauen Schätzungen ist aber immerhin noch damit zu rechnen, daß sich die Reinüberschüsse des gesamten kommunalerwerbsvermögens für das Rechnungsjahr 1930/31 auf rund 590 Millionen Mark und für 1931/32 auf rund 555 Millionen Mark belaufen. Aus dieser Verbindung der kommunalen Betriebe mit den kommunalen Etats ergeben sich ohne weiteres die Schwierigkeiten, die den Gemeinden, sofern diese Erwerbsunternehmungen auch in Zukunft zur Finanzierung herangezogen werden, einer Senkung der Tarife dieser Betriebe entgegenstehen. Jede Senkung ist nämlich zwangsläufig mit Etatsdefiziten verbunden, die dann durch neue Einsparungen bzw. Steuern wieder gedeckt werden müssen. B e k o.

Straßenkehrer in Sevilla

Hier sind wir in Andalusien. Der Himmel ist blau — die Wolken wandern weiß — in Sevillas Gärten blühen die Rosen und die Nelken — grün der Lorbeer — gelb die Zitronen — rot die Orangen — hoch die Zypressen — und ruhig und majestätisch rollt der große Strom seine Wogen: der Guadalquivir, herab vom Mohrengebirge und vom Gebirge La Sagra. Spanien. Andalusien. Hauptstadt Sevilla. Winter. Sonne. Wärme. Und das Höchste von allem: Freiheit. Si Senjore, wir sind frei: Spaniens Volk! Fort die Könige, fort die Diktatoren — von allen Türmen und Toren Sevillas wehen die Banner der Republik: Rotgelbviolett, rot der Sozialismus, gelb die Sonne, violett die Delikien. Ja, das Leben ist schön, in Freiheit.

Und wir sind die Garde von Sevilla, wir: die Straßensoldaten, alle neu eingekleidet — wir Reiniger von Sevilla, die Straßensäuberer. Unsere Hinten sind die Besen, die Kehrmaschinen sind unsere Kanonen und die Sprengwagen sind unsere Flammenwerfer. In den einst königlichen Geschützwerken von Sevilla ist die Arbeit umgestellt, Spanien giebt keine Kanonen mehr, wir bauen Maschinen. Fortgesetzt die alte Zeit, fortgekehrt den falschen gewalttätigen Nationalismus, fort Adel und Pfaffenherrschaft — hoch die Demokratie, das Volk herrscht in Spanien. Und wir sind die Straßenkehrer — schultert den Besen, ausmarschiert — Sevilla ist sauber, Tag für Tag kehren wir Sevillas 50 große öffentliche Plätze, und wir waschen sie: mit dem Wasser aus dem altrömischen Aquädukt, der mit seinen 410 hohen braunen Bogen noch ein Denkmal aus altrömischer Zeit ist. Anno 45 v. Chr. ward Sevilla von Julius Cäsar für das Weltreich Rom erobert.

Aber Sevilla war schon alt, als Cäsar durch die Stadtore

mit seinen stählernen Legionen einmarschierte. Sevilla war schon die Hauptstadt des alten Phönizierreichs Tartessus. Rom fand in Sevilla schon uralte Kultur, es baute darauf auf. Es nannte die neue Provinz: Baetia, Sevilla war die Hauptstadt. Provincia Baetia, am großen gelben Strom, der hundert Kilometer abwärts ins tiefatmende Meer mündet, in den Atlantischen Ozean, dessen Flutwellen bis oberhalb Sevillas hinaufgreifen. Sevilla ist Seehafen. War immer Seehafen. Von Sevilla aus zog Kolumbus mit seinen Karavellen los: Indien von Westen her zu befahren — und er fand das neue Indien: Amerika! Die Silber- und Goldflotten aus dem neuen Indien brachten ihre Schätze nach Sevilla: dort, schaut hin, am Uferquai des Stromes Guadalquivir steht noch der alte stämmige Torre del Oro, der Goldturm, der die Schätze der Inkas und der Azteken barg. Gold und Silber — Spaniens Befruchtung — aber auch Spaniens Untergang. Reichtum, Leppigkeit, Wohlleben, Derfall! Nur die Arbeit hält das Leben schön, jung und gesund — Arbeit hält die Seele sauber und klar — Besen angelegt: laßt uns kehren: die alten arabischen Stadtgassen von Sevilla, die Winkelgassen — Wasser her, Besen angelegt: wir säubern! Unsere Genossen sitzen in den Parlamenten, in Madrid und in den Rathäusern. Auf der Casa del Ayuntamiento weht die rote Kirchscheide, auf dem Gemeindehaus von Sevilla! Und die freie rote Stadtgemeinde hat für ihre Gemeindeglieder gesorgt — wir sind funkelnagelneu eingekleidet, in Blau und Silber — und der Lohn ward herausgeholt und die Arbeitszeit durch Gesetz von Madrid auf acht Stunden herabgesetzt. Unser freies Spanien!

Wir haben viel gewonnen, alles haben wir gewonnen: Die Freiheit. Da ist nichts Höheres auf der Welt. Und unseren Sieg über die Monarchie verdanken wir unserer Disziplin

Schlimme Zustände in dem naziverseuchten Staatsprüfamt Ilmenau

Haarsträubende Zustände herrschen im thüringischen Staatsprüfamt Ilmenau. Der Direktor ist eingeschriebenes Mitglied der Nazi-Partei und die dort Beschäftigten sind zum großen Teil ebenfalls Nationalsozialisten. In einem solchen Betriebe ist es natürlich für einen freigewerkschaftlich und politisch anders organisierten Arbeiter sehr schwer, sich zu halten. Noch viel schwerer sind aber Werbearbeiten für Gewerkschaft und SPD zu leisten, zumal die Fürsorge des Nazidirektors für seine Arbeiter so weit geht, daß er seinen halbwüchsigen Sohn mit nationalsozialistischen Zeitungen in den Betrieb schickt, um die Arbeitnehmer während der Pausen mit geistiger Nahrung zu versorgen. Im vorigen Jahre machte sich, nach Angaben des Direktors, die Entlassung eines Arbeiters notwendig. Ausgerechnet fiel die Wahl auf einen der fünf freigewerkschaftlich organisierten. Da er auf Veranlassung der Direktion eine umfangreiche Ausbildung als Mechaniker, Kraftfahrer und sowohl als Heizer genommen hatte und daher seine Entlassung zum Schaden des Betriebes gewesen wäre, außerdem aber auch der Verdacht gerechtfertigt war, daß die Entlassung wegen der Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft und zur SPD erfolgte, strengte er mit Hilfe des Gesamt-Verbandes Klage beim Arbeitsgericht an, das dem Kollegen zu seinem vollen Rechte verhalf. Auf Grund des Urteiles des Arbeitsgerichtes Apolda ordnete daher das thüringische Ministerium die Weiterbeschäftigung unseres Kollegen an. Dieser war sich darüber klar, daß man nunmehr mit allen Schikanen versuchen würde, ihn aus dem Betriebe herauszubringen, weil die Verhandlungen ein besonderes Licht auf die parteipolitisch eingestellte Leitung des Staatsprüfamtes warf. Am zweiten Tage nach seiner Wiederstellung wurde dem Kollegen abermals das Arbeitsverhältnis aufgekündigt, und um den Schein des Gerechten zu erwecken, wurde der Nazi Heinemann mitgekündigt. Dieser Heinemann, dessen Familienverhältnisse im Termin zur Sprache gekommen waren, griff am ersten Tage, an dem unser Kollege wieder arbeitete, diesen tödlich an und drohte ihm mit Erstickchen. Dieser Vorfall ist der Direktion sofort zur Kenntnis gegeben worden, es fand jedoch keine fristlose Entlassung des mordgierigen Nazis statt. Anscheinend wollte der Herr Direktor seinem Schäfschen nichts zuleide tun.

Gegen Heinemann wurde Anzeige erstattet, worauf er zu 30 Mk. Strafe oder zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig geworden, aber Heinemann ist auch im Staatsprüfamt wieder eingestelt worden, während unser Verbandskollege draußen blieb. Obwohl der thüringischen Regierung die Zustände in Ilmenau zumindest durch die letzten Gerichtsverhandlungen bekannt ge-

worden sind, hat sie keine Ordnung geschaffen. Es gewinnt vielmehr den Anschein, als ob man auch heute noch nach Fricks Methoden regiert. Inzwischen dürfte aber die innere Verbundenheit der Arbeitnehmer des Staatsprüfamtes mit ihrem Nazidirektor einen Knacks erhalten haben, denn er hat ihnen einen Revers vorgelegt, laut dem der Lohn um 10 bis 20 Proz. gesenkt worden ist.

Wir hoffen, daß durch diese Methoden auch die verbissensten Nazioten im Betriebe helläugiger werden und dann im Staatsprüfamt wieder vernünftige Verhältnisse eintreten. C. M.

Landstraßenwärter

Landstraßen- und Chausseewärter sind keine Saisonarbeiter. Sie haben demzufolge Anspruch auf die volle Arbeitslosenunterstützung. Der Spruchauschuß des Oberversicherungsamtes Hannover fällt folgenden Entscheidung:

Unter Abänderung der Entscheidung des Spruchauschusses bei dem Arbeitsamt Hameln vom 20. November 1931 ist dem Berufungsfläger die Arbeitslosenunterstützung, soweit die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, ohne Einbeziehung in die Sonderfürsorge, zu gewähren.

Entscheidungsgründe: Der Entscheidung des Spruchauschusses beim Arbeitsamt Hameln konnte im vorliegenden Falle nicht beigetreten werden. Streitig ist, ob der Landstraßenarbeiter Brümmer unter die Bestimmungen der Verordnung über die betriebsübliche Arbeitslosigkeit fällt. Nach der Auffassung der Spruchkammer ist das nicht der Fall. Der Antragsteller fällt zwar unter den im Betriebsverzeichnis aufgeführten Begriff der Straßenunterhaltung. In dem Berufsverzeichnis sind aber die Landstraßenwärter oder andere Straßenunterhaltungsarbeiter nicht aufgeführt. Die sogenannten Chaussee- oder Landstraßenwärter können nach der Auffassung der Spruchkammer nicht als Saisonarbeiter angesehen werden. Ihnen ist eine bestimmte Chausseestrecke dauernd überwiesen worden, an der sie Wasserpfützen beseitigen, Gräben und Bankette räumen, Obstbäume beschneiden usw. Ihre Tätigkeit beschränkt sich keineswegs nur auf die Sommermonate, sondern sie sind auch in den Wintermonaten tätig. Sie unterscheiden sich durch ihre ständige Beschäftigung von denjenigen Arbeitern, die bei der Umpflasterung von Straßen oder Neufüllung von Chausseestrecken vorübergehend angenommen werden. Während die letzteren Arbeiter von den Tiefbauunternehmern angenommen werden, sind die Landstraßenwärter von den Gemeinden, Kreisen oder Provinzen angestellt. Auch der Antragsteller ist nach der Bescheinigung des Bauamtes Holzminden als ständiger Arbeiter beschäftigt gewesen, und zwar vom 1. April 1927 bis 29. August 1931. Bei dieser Sachlage konnte der Antragsteller weder auf Grund der tatsächlichen Arbeitsverhältnisse, noch auf Grund der Bestimmungen der Verordnung über die betriebsübliche Arbeitslosigkeit den Saisonarbeitern gleichgestellt werden.

und unserer guten Organisation — wir haben mit unserer Revolution kein Blut vergossen — wir haben Wasser vergossen: gewaschen, gesäubert haben wir, Spanien und Sevilla und Andalusien sind blutgeblank! Die Organisationen: Gemeindearbeiter und Staatsarbeiter — im großen Verband der spanischen freien Gewerkschaften: sie alle waren die Träger und Kämpfer der sozialistischen Idee, sie haben das alte Spanien auf den Rücken gelegt — diese alte königliche Schildkröte, die nicht mehr vorwärts kam. Heute läuft Spanien wie eine stolze Antilope — hin zum großen Weltentzweck: zu den Völkerstaaten eines geeinten proletarischen Europas! Sevilla, wir Straßenkehrer gehören mit zur Arbeiterinternationale — Besen sind Flinten, wir schießen alle Raben aus der freien Luft ab. Vive la libertad!

Sevilla in Andalusien. Sonne. Himmelblau. Warmer Wind von Afrika. Feigenbäume und Palmen, wie der Wind hineinrauscht — schön, schön.

Sevilla. Phönizier. Römer. Aber Rom hielt nicht ewig — es starb an seinem Sklaventum. Um 450 n. Chr. wellen wilde Barbarenvölker über die römisch-spanische Provinz Baetia: die Dandalen — sie zerstören und tyrannisieren: nach ihnen heißt das Land am Guadaquivir: Andalusien, Dandalia, ein neues junggermanisches Königreich. Es dauerte nicht lange, es ward gestürzt von den anderen Germanen: den Westgoten. Die blieben bis Anno 711. Da kommen aus Syrien die Araber — sie brachten neue Kultur, neue Religion und Wissenschaft und Kunst, unter arabischer Herrschaft hatte Andalusien mit Sevilla die Zeit seiner allerhöchsten Blüte. Der Araber war gerecht, sanft und klug — Seine Kultur war Gleichsinn. Die Christen zerstörten alles — aus war es mit Freigeist und Wissenschaft. 1250 ward Andalusien „christlich“ unter der Herrschaft Kastiliens. Feuer, Schwert, Inquisition — noch tragen die Plätze Sevillas die letzten Spuren

der „christlichen“ Scheiterhaufen, Kezerfeuer — Wasser her: wir säubern, Freigeister von Sevilla, wir sozialistischen Straßenkehrer! Laut läutet La Giralda, Freiheitsgesang.

La Giralda, das Wahrzeichen alter arabischer Kultur, einst arabisches Minarett, der Turm — jetzt Torre Libertad, Freiheits-turm, 115 Meter hoch, 22 Glocken.

Nebenan die Kathedrale, drinnen das Grabmal des Kolumbus, 83 einsame Altäre — und die reichen Gemälde des Murillos, Spaniens größtem Maler. Er hat auch sein Denkmal in Sevilla, der Kamerad Murillo, unter Palmen, Denkmal aus Bronze, Silber-tauben fliegen drum herum.

Sevilla. Heute — eine Viertelmillion Einwohner. Seehafen und Luffhafen. Flüge nach Südamerika. Dampferlinien nach London, Hamburg, Oslo und Stockholm. Sevillas Import: Holz aus Skandinavien, Kohle aus England, Maschinen aus Deutschland. Sevillas Export: Olivenöl, Südfrüchte, Wein, Kork, Erz — für Rotterdam und die Ruhr, Westfalen — für Erz kommen Maschinen zurück. Elektrizität!

Sevilla. Seine Industrie: Tabak, Glas, Porzellan, Schokolade, Seide. Die Provinz — fruchtbar: Weizenboden, Wein, Oliven, Feigen. Und im Hochland die Viehzucht — Rinder, Pferde, Schafe.

Sevilla. Heute kehren wir jenseits des Stromes Guadalquivir, im Arbeiterviertel Triana — kehre, säubere, Besen! Wasser durch die Gassen. Aber hier kommen die Mädels durch die Gassen — die tausend Carmens, die feurigen Töchter aus den staatlichen Tabakfabriken — Kastagnetten und Gitarren, vorm Wirtshaus, am Palmbaum — schnell, stellt die Besen hin — Musik, Geklimper, Geklapper — schnell ein Tänzchen: Carmen will fliegen, der Feuergeist Andalusiens — lustig, immer links rum: die Freiheit! Schönes Sevilla. Mag Dortu.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Wieder eine üble gelbe Blüte

Am Donnerstag, dem 21. Januar 1932, wurden die in den Gärtnereien Erfurts beschäftigten Arbeitnehmer durch Flugblatt zu einer Versammlung geladen, in der ein Dr. Förster aus Berlin und ein „Kamerad Riefler“ über „Die Zukunft des deutschen Gartenbaues“ referieren sollten. Die Veranstalter selbst hatten es unterlassen, ihre Namen unter die Einladung zu setzen, so daß keiner der Versammlungsbesucher zunächst wußte, von welcher Seite aus die Zukunft des deutschen Gartenbaues beleuchtet werden sollte.

Doch der Zweifel währte nicht lange, denn es erschien Gustav Schmidt, der ehemalige Häuptling der gelben Werkvereine Erfurts. Gustav, dessen Geisteskräfte im umgekehrten Verhältnis zu seinem Gardemaß stehen, teilt 15 Zuhörern mit, daß die Versammlung einberufen worden sei vom „berufsständigen Arbeiterbund“, gemeint ist der Reichslandarbeiterbund. Gustav Schmidt ist also um noch eine Schattierung gelber geworden, nachdem man ihn wegen allzu großer Unfähigkeit und seiner noblen Passionen im gelben Werkverein nicht mehr gebrauchen konnte; er ist also beim Reichslandarbeiterbund gelandet und versucht nun, seine früheren Schäfchen nach dort hinüberzuziehen. Als diese Jammeregestalt mitteilte, Dr. Förster habe nicht erscheinen können, weil er dringende Lohnverhandlungen zu führen habe und „Kamerad Riefler“ werde über „Die Zukunft des deutschen Gartenbaus“ referieren, wurde der Menschheit ganzer Jammer noch offener, denn Riefler ist ebenfalls eine ganz unglückliche Figur. Bis vor wenigen Tagen war er noch als junger Mann für den Gärtnernachweis des großen Franz Behrens im christlichen Landarbeiterverband tätig und ist ganz plötzlich da ausgerückt.

Wenn er nun erklärte, das Thema sei äußerst unglücklich gewählt, so hatte er insofern das richtige Gefühl, daß er gewiß nicht dazu berufen ist, über die Zukunft zu entscheiden. Er faßte sich aber schnell und sagte, es sei ja eigentlich gar nicht viel zu sagen über dieses Thema. Früher seien die Gärtnereien Luxus gewesen, doch heute würden Obst und Gemüse als Lebensmittel betrachtet und hätten daher eine gewisse Bedeutung in der Volkswirtschaft erlangt. Da das Wort Volkswirtschaft für ihn anscheinend ein unerbauter Begriff war, erklärte er im gleichen Atemzuge, aber wir wollen hier keine Volkswirtschaft treiben, sondern wir wollen nur unsere Gewerkschaftsbewegung vorwärtsbringen. Die freien Gewerkschaften sind am Ende ihrer Kunst. Sie haben einen großen Verwaltungsapparat und gutbezahlte Sekretäre, auch ihre Versammlungen sind gut besucht, aber letzten Endes ist das alles Bluff. Der BbA. (Bund berufsständiger Arbeiter) kenne nur ehrenamtliche Tätigkeit seiner Mitglieder. In Berlin sei jetzt die Fachgruppe Gärtnerei, Landschaft und Friedhof gegründet. Man habe sich bei der Wahl dieses Namens an das Vorbild des Gesamt-Verbandes angelehnt. Man habe auch eine eigene Fachzeitschrift „Die Gartenflora“, in der aus anderen Zeitungen zusammengestellte Artikel erscheinen. Hoffentlich hat der „Kamerad Riefler“ kein Unglück mit seiner „Gartenflora“, daß man ihn rechtlich belangt. Als nun der Referent merkte, daß er durch seine Ausführungen ein lebhaftes Erstaunen der Erschienenen bewirkt hatte, erklärte er ganz kurz, wozu soll ich noch länger reden, das Nötige könnte überhaupt in der Diskussion viel schöner behandelt werden, und nach genau sieben Minuten setzte er sich wieder hin. Nach diesem völligen Versagen Rieflers wollen wir es dem armen Teufel ersparen, seinen sonst noch verzapften Unsinn dem Gelächter der Mitwelt preiszugeben.

Den jammervollen Eindruck des Berliner „Kamerads“ zu verweisen, trat dann der lange Gustav nochmals auf, um mit unnötigem Stimmenaufwand mitzuteilen, daß der Reichslandarbeiterbund in Erfurt bereits eine Gärtnerfachgruppe gegründet habe, nur habe sich leider noch kein Leiter für diese gefunden. Dennoch will man am „Ausbau des Leistungslohnes“ mitwirken und versuchen, am 30. April in ein Tarifverhältnis zu kommen. Doch diese Lockungen waren ohne Erfolg, eine Grabesruhe herrschte. Es zeigte sich keine Neigung, die Mitgliedschaft dieses neuen gelben Vereins zu erwerben. Soweit der Bericht über diese Versammlung.

Daß alle gelben Sprößlinge vor allem in Erfurt versuchen, zum Blühen und Gedeihen zu gelangen, ist auf die große Mühe zurückzuführen, die sich der sattfam bekannte Dr. K i n n e gegeben hat, um eine willfährige Tarifvertragspartei und Konkurrenz den freien Gewerkschaften gegenüber zu schaffen. Er ist so kläglich gescheitert, wie sein Werkzeug Gustav Schmidt versagt hat.

Wenn auch einzelne Firmen die Beiträge für zwangsläufig gewordene Mitglieder zum Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine bezahlen, so war dessen Kasse eine ständige Pleite. Schmidt, den man auf seinen Dienststreifen fast stets in Damenbegleitung sah, hat jedenfalls so hohe Reisespesen benötigt, daß der Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine ihn eines Tages wegen Mangels an Mitteln verabschieden mußte. Damit war der vaterländische Spuk nach einigen Monaten verflohen.

Das jetzige Auftreten des „Berufsständigen Arbeiterbundes“ stellt sich deutlich als Fortsetzung der Versuche gewisser Personen dar, die sich auf Kosten jener, die nicht alle werden, zu bereichern suchen. Auch der neue Laden Gustav Schmidts wird hier in Erfurt bald seine Pleite erleben. Die Arbeitnehmer der gärtnerischen Betriebe Erfurts haben erkannt, daß nur in der Fachgruppe Gärtnerei, Park, Friedhof des Gesamt-Verbandes ihre Interessenvertretung in den rechten Händen liegt.

K. M.

In Ergänzung dieses Berichtes aus Erfurt sei noch mitgeteilt, daß der nun reingelb gewordene „Kamerad“ Otto Riefler seinem früheren Meister Franz Behrens vom „Reichsverband vaterländischer Arbeitnehmer“ recht schweren Kummer noch insofern bereitet, als er diesem auch auf dem Gebiete der Propaganda durch die Dorfspiegelung erfolgreicher Stellenvermittlung ebenso schmutzige Konkurrenz zu bereiten sich bemüht. Riefler hat seine „Stellenvermittlung“ in eine Berliner „Herberge zur Heimat“ verlegt. — Diese Herberge dient gleichzeitig auch als Tagungslokal einer gleichzeitig aufgelegenen „Fachgruppe Gärtnerei, Landschaft, Friedhof“ im Märkischen Landarbeiterbund. Also die gleiche gelbe Gesellschaft, in der einer des anderen, Arbeitgeber und -nehmer, ebenbürtig und würdig ist.

Gartenbauernkrieg gegen die öffentliche Hand

Der Kriegsschauplatz im Kampf um die städtischen Betriebe ist zurzeit in die Parlamente der Städte und Gemeinden verlegt, an die „Kleine Anfragen“ und große Anträge gerichtet werden. Mit dem erstgenannten Mittel versucht die Wirtschaftspartei ihr Heil in Essen, indem sie den Oberbürgermeister fragte, ob er bereit sei, städtische Betriebe, wie Gärtnerei, Druckerei, Fuhrwesen sowie die Schlächtereier in den Krankenhäusern aufzuheben und die Arbeiten dem privaten Gewerbe zu übertragen. Der Befragte erklärte dazu, daß er immer die Interessen des Mittelstandes wahrgenommen habe, aber er verwies darauf, das Gärtnereigewerbe habe stets anerkennen müssen, daß durch die außerordentlich guten Leistungen des städtischen Gartenamtes auch der Umfaß der privaten Betriebe sich gesteigert habe. — Nachdem noch der Redner der SPD. den schlimmsten Lohndruck der Handelsgärtner und ihre unerhörte Lehrlingszüchtereier gebührend gegeißelt hatte, waren die Anfrager ganz klein geworden.

In Magdeburg ging die „Rechtsfraktion“ mit dem schwereren Gefühl eines Antrages auf planmäßigen Abbau der städtischen Gärtnerei vor. Der Aerger über die glückliche Abwehr durch den zuständigen Stadtrat wird in der Rechtspresse als „erstaunliche Darstellung“ und als „konservative Reaktion“ zum Ausdruck gebracht. SPD. und KPD. stimmten hier als Mehrheit geschlossen gegen die wirkliche Reaktion.

Blumengeschäfte

Reichstaxi wieder allgemeinverbindlich. Dem gegen die Allgemeinverbindlichkeit des Reichstaxi für Blumengeschäfte gerichteten Einspruch der städtischen Fachkammer für Gartenbau ist der Erfolg versagt geblieben. Das Reichsarbeitsministerium hat die scheinbare Begründung und die in diesem Falle besonders durchsichtigen Motive der Fachkammer offenbar durchschaut und einmal richtig gewertet, indem es ohne die sonst üblichen nachmaligen Verhandlungen sich dahin entschieden hat, die Verbindlichkeit zu erklären. Diese erstreckt sich auch auf den Mindestlohntarif in der Fassung der gemäß Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durch den Schlichter erfolgten Festsetzung und gilt ab 1. Februar 1932. Die Eintragung ins Tarifregister geschah auf Blatt 10 279 Nr. 13.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Die Gewerkschaften sind keine Kampforganisationen mehr

In der Zeit der Brünningschen Notverordnungen kursiert die Behauptung, die Gewerkschaften seien keine Kampforganisationen mehr, sie seien nur noch Unterstützungsinstitute. Diese Hörgler belügen sich selbst. Sie sehen in einem Kampf ja nur Schlägring, Dolch und Schießprügel. Daß es auch nervenzerrüttende, zähe Kämpfe gibt, die mit geistigen Waffen von Etappe zu Etappe geführt werden und auch Erfolge bringen, wollen diese Elemente nicht anerkennen. Gerade die jüngste Zeit hat gezeigt, welche gigantische Kämpfe mit geistigen Waffen geführt werden mußten zwischen den Reichs- und Gemeindegewerkschaften und den Gewerkschaften. Es wurde heiß gekämpft um jede kleine Verbesserung der brutalen Notverordnungen. Hier zeigte sich, daß die Gewerkschaften die wahren Verteidiger der Interessen der breiten Masse sind. — Die Forderungen der Harzburger Front wären längst Wahrheit geworden, wenn nicht die Zentralgewerkschaften dafür sorgten, daß die Bäume der Befürworter des „Nachobenhungerns“ nicht in den Himmel wachsen. Wo wären heute Tarifvertrag, Sozialversicherung usw., wenn wir unsere großen Gewerkschaften nicht hätten? Das mögen sich einmal die Kollegen fragen, die bei jeder Gelegenheit sagen: „Saß kommen was will, wir haben nichts mehr zu verlieren.“ Das ist eine Gedankenlosigkeit sondergleichen und ein Verbrechen an sich und ihren Familien. — Das Unternehmertum versucht, leider mit teilweisem Erfolg, Tarifrecht und bindende Abmachungen in den Kot zu treten, die Löhne zu diktieren. Wie ist das möglich? Erstens, weil der Trabant der KPD., die RGO., ihr verbrecherisches Spiel mit der Arbeiterklasse treibt, sich zum Dazwischen des Kapitalismus erniedrigt, indem er das Proletariat spaltet und somit schwächt, im Kampf gegen das Ausbeutertum. — Zweitens waren die Erfolge des Unternehmertums möglich durch die Armee der Unorganisierten, denn der Arbeitgeber berücksichtigt bei seinen Maßnahmen, die schamlos und brutal sind, immer, daß draußen eine Armee von Schmarozern steht, die um jeden Preis in den Betrieb geht. Diese Armee von Schmarozern, die eine Gefahr für unseren Aufstieg bedeutet, hilft der vergrößerten, der gewissenlos genug ist, das Schlagwort zu kolportieren, die Gewerkschaften sind zwecklos, sie sind keine Kampforganisationen.

Kollegen und Kolleginnen! Das Ziel der Unternehmer ist, Zerschlagung der Gewerkschaften, Abschaffung des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung, damit der Arbeiter Schutz- und mittelloses dasteht. Denn erst dann kann das Unternehmertum diktieren. Dann werden die Löhne unter das Vorkriegsniveau gesenkt, Urlaub zur Utopie gemacht. Die Vorkommnisse der letzten zwei Jahre auf Lohn- und sozialpolitischem Gebiet waren ein guter Anschauungsunterricht für das Proletariat, der uns zeigt, wohin es führt, wenn die Arbeiterklasse sich selbst zerfleischt und Schindluder mit sich treiben läßt von einer kleinen Gruppe Menschen, die von allen guten Geistern verlassen sind. Gebt deshalb den Phrasen, den Spaltspitzen die richtige Antwort, macht Schluß mit dem Spuk, der sich RGO. nennt, ehe es zu spät ist. Schließt euch zusammen in den freien Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben soviel Kampfkraft, wie das Proletariat ihnen gibt. Und weil wir wissen, was wir noch zu schützen haben. Siegen wir. Trotz alledem!

A. Krüger, Sol.-Wald.

Kollege, hilf mit!

„700 000 greifen an.“ So lautete das Lösungswort zur Einleitung der Werbeaktion des Gesamtverbandes. Und der Erfolg? Ueber 12 000 neue Mitglieder sind der Organisation zugeführt worden. Gewiß eine erfreuliche Zahl in der Zeit dieser schweren Wirtschaftskrise. Könnten es aber nicht mehr sein? Hauptsächlich wurde die Werbung von einigen Hunderten von Funktionären durchgeführt. Mancher Sonntag, manche Stunde nach Feierabend ist von diesen Kollegen geopfert worden. Leider mußten sie auch manche Anwürfe und sogenannte Kosenamen auf sich nehmen. Aus dem Bewußtsein heraus, hiermit der Arbeiterbewegung zu dienen, haben sie es gern getan. Sind nicht die Funktionäre diejenigen, die nicht nur für die Gewerkschaft werben, sondern auch in jeder freien Stunde vielen anderen Arbeiterorganisationen zur Verfügung stehen? Deshalb gebührt ihnen besondere Anerkennung. Sie haben versucht, ihre Arbeitskollegen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeitnehmer zu überzeugen. Manchmal gab es eigentümliche Antworten zu hören. J. B. ich werde Mitglied,

wenn die Gewerkschaften wieder Kampforganisationen werden. Diese Kollegen scheinen nicht zu wissen, daß wenn man einen Kampf führen will, auch Kämpfer dazu gehören. Ob das Kämpfer sind, die, wenn eine Schlacht verloren geht, die Flinte ins Korn werfen und der Organisation den Rücken kehren? Jede Niederlage ist doch ein Beweis dafür, daß die Armee zu schwach war. Es muß deshalb die Pflicht eines jeden Mitgliedes sein, die Organisation so zu stärken, daß Niederlagen seltener werden und zu einem endgültigen Siege führen. In der Zeit der schwärzesten Reaktion ist dies doppelt notwendig. Wie könnte die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes aussehen, wenn jedes Mitglied sich dieser Pflicht bewußt wäre! Würde jedes Mitglied es sich zur Pflicht machen, im Laufe eines Jahres ein neues Mitglied der Organisation zuzuführen, dann würde der Mitgliederstand ein anderes Aussehen erhalten. Die Last würde dann auch auf breitere Schultern gelegt. Dem einzelnen würde man nicht alle Arbeit in der Organisation überlassen und er fände Zeit, auch andere Organisationen stärken zu helfen. Jedes Mitglied hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten und die sind Stärkung der Gewerkschaft. Ob dann noch die Reaktion so Schindluder mit der Arbeiterklasse treiben könnte?

Hilf also auch du, Kollege, dem Gesamtverband zu der Stärke, die notwendig ist, um der Arbeiterklasse wieder ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. — Nicht murren hilft, sondern der Schritt zur Tat. Wirb also unermüdet für deine Organisation, den Gesamtverband!
Oskar Müttig, Dresden.

Kurzarbeiter-Siedlung

Deutschland wird auch bei Besserung der Wirtschaftslage dauernd mit etwa zwei Millionen Arbeitslosen belastet sein. Bei herabgesetzten Löhnen und hohen Steuerätzen dürfte diese Belastung auf die Dauer nicht tragbar erscheinen. Es muß deshalb mit allen Mitteln versucht werden, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, um den Arbeitsmarkt von allen Personen zu entlasten, die über 60 Jahre alt und sonst aus irgendwelchen Gründen als nicht voll leistungsfähig zu betrachten sind. Jugendliche Leute, die nicht an die Scholle gebunden sind, müssen zu Arbeitskolonnen zusammengefaßt und zur Urbarmachung von Oedländern u. dgl. Verwendung finden. Für die übrige Arbeiterschaft ist die Arbeitszeit auf vier Arbeitstage zu verkürzen mit etwa 32 Arbeitsstunden. Da nun unsere heutige Wirtschaft bei solcher Arbeitszeitverkürzung keinen ausreichenden Wochenlohn zahlt, muß dem Arbeiter Gelegenheit gegeben werden, sich durch Nebenarbeit einen zusätzlichen Verdienst zu erwerben. Für den größten Teil der Arbeiterschaft dürfte dies nur möglich sein, indem man ihnen ein Stück Land zur Eigenbewirtschaftung überläßt, wo er sich Gemüse, Kartoffeln usw. für eigenen Familienbedarf selbst erzeugen kann. Werden die Kurzarbeitersiedler genossenschaftlich zusammengefaßt und unter sachmännische Leitung gestellt, dann ist es durchaus möglich, aus dem Boden mindestens das Doppelte an Nährstoffen herauszuholen, als das der Landwirt heute kann. Der Klein- oder Kurzarbeitersiedler hat bereits eine Existenzgrundlage. Mit der erforderlichen Hilfe muß er in etwa zwei Jahren in der Lage sein, sich die zusätzliche Ernährung selbst erzeugen zu können. Die Beschaffung moderner Gartengeräte, des Saatgutes, des Düngers, ebenso die Bewachung müßte Aufgabe des Genossenschaftsleiters sein, der außerdem durch Mustergärten, Belehrung und Vorträge überall helfend eingreifen hat. Jede Schrebergartenspielerlei mit Gartenlaube, Spielplatz und mehr Wegen als Ackerland, muß dabei unterbleiben. Alles gilt der größtmöglichen Ausnutzung.

Die Arbeitslosen-Siedlung als Eigengröße in der Nähe der Großstädte ist nicht zu empfehlen. Diese Unternehmungen haben sich meistens als Fehlschlag und Enttäuschung erwiesen. Die Zahl solcher Betriebe kann immer nur gering sein und für den Arbeitsmarkt keine nennenswerte Entlastung bringen. Dann kostet ein solcher Betrieb, bis er lebensfähig ist, der Allgemeinheit verschiedene tausend Mark. Die geringste Wohngelegenheit mit Stallung muß mit 3000 Mk. beziffert werden usw., obgleich ein eigentlicher Wohnungsmangel gar nicht besteht. Das Risiko solcher Betriebe durch ungünstige Witterungsverhältnisse, durch Krankheiten und Ungeziefer an Tieren und Pflanzen ist recht groß, dazu sind Absatzmöglichkeiten meistens sehr schlecht usw. Oftmals muß unter den Gestehungskosten verkauft werden, zumal dann, wenn es an Lagerräumen fehlt und Geld für andere Bedürfnisse dringend benötigt wird.

Fritz Fuhs.

Unsere Jugend

Wie gestalten wir die Jugendarbeit?

Im Verlage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a, erscheint in zweiter Auflage in der Schriftenreihe „Material für die Jugendleiter der Gewerkschaften“ das Büchlein von Walter Eschbach: „Unser Jugendabend“. Gerade jetzt bei der intensiven Winterarbeit in den Jugendheimen und für die Jugendveranstaltungen erscheint uns dieses Büchlein besonders wertvoll. Der Gesamt-Verband hat in den größeren Städten Jugendgruppen eingerichtet. Leider haben wir noch viele mittlere und größere Städte, in denen solche Jugendgruppen nicht zusammengefaßt sind. Es bedarf aber, besonders beim Aufbau der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, eines klaren Planes, der sich nicht nur auf den einzelnen Abend oder die einzelne Veranstaltung erstreckt, sondern der möglichst programmatisch die ganze Winterarbeit in die örtliche Winterbildungsarbeit der Filialen einbaut. Wir mußten leider feststellen, daß selbst solche großen Filialen, die ein vorzügliches Bildungsprogramm aufstellten und durchführten, die Jugendfrage noch etwas stiefmütterlich behandelten.

Als Unterlage nun für die Ausgestaltung solcher Jugendabende wie überhaupt der ganzen Jugendarbeit ist die Eschbachsche Schrift vorzüglich geeignet. In knapper, leicht verständlicher Weise wird sowohl das Wesen der Jugendarbeit als auch die Wesensart der Jugend selber dargestellt. Es kommt dabei vor allen Dingen auf Systematik und Form an. Wir müssen in der Jugendarbeit viel planmäßiger, als das die Versammlungen für die älteren Kollegen noch tun können, dafür sorgen, daß Plan und Ziel die ganze Arbeit beherrschen. So wird auf den Seiten 12 bis 14 ein Gruppenarbeitsplan aufgeführt, der sich vom Anfang April (Schulentauschung) bis zum März nächsten Jahres erstreckt und in jedem Monat etwa vier Veranstaltungen vorsieht, so daß also die Zusammenkünfte der Jugendlichen allwöchentlich (möglichst am gleichen Tage) stattfinden können.

In knapper Zusammenfassung enthält der zweite Teil Anregungen über Vortragswege und Vorträge in den Jugendgruppen aus den verschiedensten Gebieten. Es werden dann auch die Zeitschriften, die sich mit Jugendfragen beschäftigen, aufgezählt, ebenso die Jugendzeitungen der Verbände. Unser Verband dürfte wahrscheinlich nach dem Verbandstag 1932 wohl ebenfalls ein Jugendorgan schaffen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Jugendgruppen in den Großstädten stärker gefestigt werden, so daß bereits eine systematische Organisationsarbeit geleistet wird.

Braunschweig. Vor nunmehr zwei Jahren wurde in der Ortsverwaltung Braunschweig eine besondere Jugendgruppe ins Leben gerufen. Ihr Zweck und ihre Aufgabe ist, die jugendlichen Kolleginnen und Kollegen zur Gewerkschaftsarbeit heranzubilden und kameradschaftlichen Geist zu pflegen. Außer den Gruppenabenden, die sich mit dem Arbeitsrecht, der Sozialversicherung und der Gewerkschaftsbewegung an und für sich beschäftigen, fanden im Laufe der Zeit auch mehrere Fahrten bzw. Wanderungen statt. Es wurden unter anderem auf einer zweitägigen Fahrt (Pfungsten 1931) die schönsten Gegenden des Harzes durchstreift, damit die jugendlichen Kolleginnen und Kollegen auch etwas mehr kennenlernen, wie nur ihren Weg vom Haus zur Arbeitsstätte oder die Wege, die sie in Ausübung ihres Berufes in den düsteren Stadtstraßen zu erledigen haben. Wanderungen zum Ferienheim in Rieseberg (ADGB) wurden des öfteren gemacht, selbst vor Nachtwanderungen scheuten die jugendlichen Kolleginnen und Kollegen in ihrer Begeisterung für die Sache nicht zurück. — Am 17. November 1931 veranstaltete das freigewerkschaftliche Jugendkartell des ADGB des Ortsausschusses Braunschweig einen Jugendwerbendeband verbunden mit einer Ausstellung der einzelnen Jugendgruppen. Zum erstenmal beteiligte sich auch die Jugendgruppe des Gesamtverbandes an dieser Ausstellung. In gutwirkender Weise zeigten Plakate das Organisationsgebiet des Gesamtverbandes, während die ausgelegten zahlreichen Zeitungen und Flugblätter auf den Zweck und die Erfolge der Organisation hinviesen. Einen besonderen Platz nahm das Kapitel Verkehrsbelehrung und Verkehrserziehung ein. Eine Revolutionsfeierstunde der Jugendgruppe bildete den Abschluß des Jahresprogramms. Mit Rezitationen und Vorlesungen zeigte die Jugendgruppe, daß sie den Behauptungen der radikalen Kreise, daß die freien Gewerkschaften und die SPD. Schuld an der Krise und an dem Zusammenbruch hätten, keinen Glauben schenkte und über die tatsächlichen Vorgänge wohlunterrichtet ist.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der Reichstag tritt am 23. Februar zusammen und behandelt in erster Linie die Festlegung des Termins für die Wahl des Reichspräsidenten.

Ein nationalsozialistischer Eschka-Uberfall wurde auf den ehemaligen nationalsozialistischen heftigen Landtagsabgeordneten Schäfer, der in Sachsen Versammlungen abhielt, am 10. Februar in Zwickau verübt. Durch einen Schuß wurde Schäfer am rechten Oberarm erheblich verletzt. Bei dem Mordanschlag handelt es sich um einen wohl vorbereiteten Plan der Nazis, um Schäfer, der den heftigen Mordplan seinerzeit bekanntgab, zu beseitigen.

Das Reichsbanner brüskiert hat der Reichswehrminister Groener in seinem Erlass vom 29. Januar, in dem er das Reichsbanner mit den Nationalsozialisten auf eine Stufe stellte und den Nationalsozialisten den Eintritt in die Reichswehr ermöglichte.

Der Großhandelsindex ist gestiegen, und zwar um 6,3 Proz. auf 99,6 Proz. am 10. Februar. Die Ursache der Preissteigerung liegt in dem Anziehen der Agrarpreise.

6 041 000 Arbeitslose wurden am 31. Januar gezählt. Das ist gegenüber dem Stande vom 15. Januar eine Zunahme um rund 75 000.

In dem Kurfürstendam-Prozess wurden von den 31 Angeklagten 16 wegen Landfriedensbruchs zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der SA-Führer Graf Feldorf und Adjutant Ernst wurden freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Das englische Unterhaus hat am 10. Februar mit 452 gegen 76 Stimmen eine Entschlüsselung angenommen, der zufolge der allgemeine 10prozentige Zolltarif am 1. März in Kraft tritt.

Die Arbeitslosigkeit in England greift immer stärker um sich. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Zeit vom 21. Dezember bis zur 3. Januarwoche um 218 000 auf 2 730 000 gestiegen.

Aus unserer Bewegung

Die Bezirkskonferenz Nordbayern tagte am 17. Januar 1932 in Nürnberg. Bezirksleiter Maier gab den Tätigkeitsbericht und Bezirksleiter Schmidt berichtete über die letzte Beiratskonferenz des Gesamtverbandes. Ausgehend von 5 Millionen arbeitslosen Menschen schildert er zahlenmäßig den Rückgang der Beitragseinnahmen und die dadurch notwendig werdende Ausgabenbeschränkung. Ferner den günstigen Verlauf der Werbeaktion, die beachtliche Vereinheitlichung der Verbandspresse und die vom Tarifsekretariat beobachtete Lohn- und Tarifpolitik. Weiter erläuterte er die Neuregelung des Unterstützungswezens. — Den Höhepunkt der Tagung bildet das Referat des Kollegen Polenske über „Die Wirtschaftskrisis und ihre Auswirkung“. In der Diskussion, die sich durchweg im Rahmen der Referate bewegte, kam vollständige Zufriedenheit über die Interessenvertretung und über die Notwendigkeit der Organisation zum Ausdruck.

Bauhen. In der Generalversammlung am 31. Januar 1932 gab Kollege Herold den Geschäfts- und Kollege Gano den Kassenbericht. Beim Arbeitsgericht sind 2380,02 Mk. ausgedient worden. Die gesamten Rechtschutzkosten betragen 3972,13 Mk. Die Mitgliederbewegung war stabil. An Unterstützung sind ausgezahlt insgesamt 27 071,65 Mk. Außerdem Weihnachtsunterstützungen in Gesamthöhe von 3800 Mk. Es sind allein ohne Weihnachtsunterstützung 58 Proz. der Hauptkasseneinnahme an Unterstützungen an die Kollegenschaft wieder zurückgezahlt. — Zum Geschäftsbericht wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die versammelten Delegierten wenden sich mit aller Schärfe gegen den im Jahre 1931 vorgenommenen ungeheuren Lohnabbau, der teils durch Ausnutzung der Wirtschaftskrise, teils durch Notverordnungen erzwungen wurde. Die versammelten Delegierten stellen fest, daß trotz der in der letzten Notverordnung zwangsweise verfügten Preislenkung immer und immer wieder die Arbeiterchaft die Leidtragende ist, weil der gesetzlich festgesetzte Lohnabbau viel höher ist, als sich die Preislenkung im Arbeiterhaushalt auswirken. Die Delegierten wissen, daß die Gewerkschaften nur widerwillig und dem Zwange des Gesetzes folgend, diesen Abbau hinnehmen mußten. Sie geloben aber, an der gewerkschaftlichen Organisation festzuhalten, weil nur diese in der Lage ist, zu gegebener Zeit die Löhne zu ändern. Die Delegierten erkennen, daß es falsch ist, die Organisationen der Arbeiterchaft dafür verantwortlich zu machen, daß durch Diktat der Reichsregierung der Lohnabbau gesetzlich durchgeführt wird. Sie befürworten deshalb alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Kraft der organisierten Arbeiterchaft zu schwächen. Sie geloben Treue der Organisation und werden versuchen, die organisatorische Schlagkraft der Arbeiterchaft in den nächsten Monaten zu steigern, damit, wenn am 30. April 1932 die Bindung durch die Notverordnung fällt, es möglich ist, durch die geschlossene organisierte Arbeiterchaft wieder weitzumachen, was ihr gegenwärtig ausfotrohiert wurde. Sie werden dafür Sorge tragen, daß alle betriebsmäßigen Kollegen sich geschlossen in die Eisene Front, zur Abwehr und zum Angriff gegen den Faschismus, eingruppieren, denn nur so und dadurch ist es möglich, die Errungenschaften der Arbeiterchaft aufrechtzuerhalten. Sie

werden in den Betrieben jeden Wankelmütigen und Flauen aufrütteln, damit der Gesamt-Verband groß und stark bleibt zum Nutzen der Kollegen und ihrer Familien sowie der gesamten Arbeiterschaft."

Die Wahlen der Verwaltung und der Revisoren ergaben mit zwei Ausnahmen einstimmige Wiederwahl. Kollege Gano sprach noch über kassentechnische Fragen. Die Aussprache war sehr reger. Kollege Herold schloß die von gutem Kampfsgeist getragene Generalversammlung mit der Aufforderung zu festem Zusammenhalten im Gesamt-Verband.

Halle a. d. Saale. In der Generalversammlung am 6. Februar gab Kollege Thiem den Geschäftsbericht über das Jahr 1931. Die Werbeaktion im 4. Quartal 1931 hat den Beweis erbracht, daß die Aktivität unserer Funktionäre nicht nachgelassen hat. Es war möglich, in dieser Zeit 211 Neuaufnahmen zu machen. Ein Kollege, und zwar der Sektionsleiter der Kraftfahrer, erzielte allein 46 Neuaufnahmen. Er ist vom Vorstand bereits als Ehrenast zum Verbandstag in Hamburg bestimmt. Kollege Oelschläger berichtete, daß im 4. Quartal 1931 gezahlt wurden: an Arbeitslosenunterstützung rund 4000 Mk., Krankenunterstützung 4500 Mk., Sterbeunterstützung 1500 Mk., Rechtsschutz 2000 Mk., Invaliden-, Weibnachts- und Witwenunterstützung 5000 Mk. Bei der Neuwahl der Ortsgruppenverwaltung wurden als 1. Vorsitzender Kollege Thiem, als 2. Vorsitzender Kollege Ferchlant, als Kassierer Kollege Oelschläger und als Schriftführer Kollege Böttcher wiedergewählt. Ebenso die Beisitzer aus den einzelnen Fachgruppen und Zahlstellen und die Revisoren. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Generalversammlung ruft alle Mitglieder zur entschiedenen Abwehr aller Pläne der Volksfeinde auf, die die gegenwärtige Notlage zum Angriff gegen die mühsam errungenen Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten benutzt haben. Unser Platz in diesem Abwehrkampf ist Seite an Seite mit den übrigen Kampfgenossen der Eisernen Front, die ohne Ansehen von Beruf und Partei die Massen der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer zu eiserner Abwehr zusammenballt. Die Mittelbesetzung des Gesamt-Verbandes fordert zugleich die gesamte Öffentlichkeit auf, dem Wahnsinn der kapitalistischen Katastrophenspolitik mit der Lohnabbauhypothese Einhalt zu gebieten, die die Privatbetriebe füllt, die öffentlichen Betriebe erschlägt und die Erwerbslosen der öffentlichen Fürsorge überläßt. Wir treten deshalb ein für die Eisernen Front der sozialen Gerechtigkeit, für politische Freiheit, Frieden und Völkerverständigung, wirtschaftliche Gesundung und Arbeitsbeschaffung, gegen alle Volksfeinde und gegen Diktatur, für Erhaltung der Volksrechte.“

Herborn. In der Generalversammlung am 15. Januar 1932 gab Kollege Käfer den Jahresbericht und Kollege Michel den Kassenbericht. Bei der Neuwahl wurden sämtliche Kollegen bis auf Koch, der wegen seines hohen Alters ablehnte, wiedergewählt. Während der Werbezeit wurden 15 Neuaufnahmen dem Verband zugeführt.

Neustadt bei Koburg. In der Generalversammlung am 31. Januar gab Kollege Steiner den Jahresbericht. Bei der folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: 1. Vorsitzender Willy Steiner, Kassierer Albert Fries, Schriftführer Albert Schmidt. Hierauf berichtete Bezirksleiter Kemmer (Nürnberg) über die Bezirkskonferenz am 17. Januar 1932 in Nürnberg. Ferner berichtete er, daß in sieben Fällen Rechtsschutz (aus der „Fakulta“) für Kraftfahrer erteilt wurde, und in drei Fällen mußte das Arbeitsgericht angerufen werden. Kollege Steiner richtete zum Schluß noch einige Worte an die Kollegen, treu zum Gesamt-Verband zu stehen und allen Hezereien der RGO. kein Gehör zu schenken. Es sei Aufgabe jedes einzelnen Kollegen, die „Gewerkschaft“ zu lesen, damit jeder weiß, was vorgeht. Zum Schluß wurden noch einige Anfragen erledigt.

Kassel. In der Generalversammlung am 7. Februar gab Kollege Scheidemann den Geschäftsbericht. Aus dem Kassenbericht des Kollegen Geinich war zu entnehmen, daß trotz gesunkener Löhne und damit auch gesunkener Beitragsleistung die Kassenverhältnisse unserer Ortsgruppenverwaltung durchaus gesund geblieben sind. Auch der Mitgliederstand hat sich gehalten, so daß das Jahr 1931 mit einem Mitgliederstand von 4010 abschließt. — Mit einer Ausnahme wurde die alte Ortsverwaltung einstimmig wiedergewählt, unter Hinzunahme zweier Kollegen aus der neu zu uns gestochenen Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und -angestellten und des Verbandes der Friseur. — Einstimmig nahm die Versammlung zum Schluß eine Erklärung zur Eisernen Front an, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Delegierten der Generalversammlung werden im Namen des Gesamt-Verbandes unerschütterlich zur freien Gewerkschaftsbewegung und zur Eisernen Front stehen, in der Erkenntnis, daß es der Arbeiterschaft nur möglich ist, ihre elementarsten Lebensbedingungen gegen alle Angriffe des vereinten kapitalistischen Unternehmertums und des Faschismus zu verteidigen, wenn der Stand der Republik gewahrt wird. Das zu erreichen wird nur möglich sein, wenn alle Arbeitnehmer die Treue zur freien Gewerkschaftsbewegung halten und sich in der Eisernen Front zusammenfinden. Die Delegierten fordern alle Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Warenverkehrs auf, zum Gesamt-Verband und zur Eisernen Front zu stehen im Kampf gegen Unternehmertum und Faschismus. Kapitalismus und Faschismus werden überwunden, wenn die Arbeitnehmer es wollen. Und wir wollen es!“

RUNDSCHAU

Auf den Wegen der KPD. und der Nazis. Die vor einigen Monaten sich von der SPD. losgelöste Sendewitz-Rosenfeld-Gruppe, die sich trotz ihrer Sektenhaftigkeit hochtrabend Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAD.) nennt, nähert sich der KPD. (vorerst theoretisch) immer mehr. Seit einigen Wochen rührt sie nach KPD-Rezept, gemeinsam mit den beiden kommunistischen Sektion KPDd. und Lenin-Bund, einen Einheitsfrontfront. Hierzu hatte sie auch das Reichsbanner und den Deutschen Freidenkerverband eingeladen, die aber beide ihr die kalte Schulter zeigten. Diese Einheitsfront, die sich nunmehr Antifaschistisches Kartell nennt, soll sich angeblich gegen Krieg, Reaktion und Faschismus wenden. Aus den Berichten der „Einheitsfront“-Versammlungen war bereits zu entnehmen, daß der Kampf dieser „Antifaschisten“ auch gegen die SPD. und Gewerkschaften geht. Jetzt gibt das „Antifaschistische Kartell“ seine Richtlinien bekannt, nach welchen der Kampf geführt werden soll, und die unter anderem Interessanten auch folgende Sätze enthalten:

„Einberufung gemeinsamer Betriebsversammlungen unter Ausnutzung vorhandener Stützpunkte in den Betrieben. Das Schwergewicht ist auf die Propaganda außerparlamentarischen Kampfes gegen die Kapitaloffensive und Rotverordnungslosigkeit (Lohnraub, Bruch des Tarifrechts, Sozialpolitik) zu legen. Besonders Augenmerk ist auf die lebenswichtigen Betriebe (Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr) zu richten, die von entscheidender Bedeutung für den antifaschistischen Kampf sind.“

Gemeinsames Auftreten für die Schaffung der Einheitsfront in Versammlungen anderer Arbeiterorganisationen.

Gemeinsame Arbeit in den Massenorganisationen. SAD., KPDd. und Lenin-Bund verpflichten sich, durch Schaffung eines linken Oppositionsblocks in den Gewerkschaften und allen proletarischen Massenorganisationen einen gemeinsamen Kampf gegen die reformistische Niederlagenpolitik zu führen und geschlossen für die Revolutionierung und Einreichung der Massenorganisationen in die antifaschistische Kampffront zu wirken.“

Also die SAD. greift das von der KPD. vor mehr als zehn Jahren aus Ruhland mit den berücksichtigten 21 Punkten importierte Rezept „Zellenbildung in den Gewerkschaften“ auf. Diese Idee haben bekanntlich auch die Nazis der KPD. entlehnt. So ergibt sich also das „heitere“ Spiel, daß die SAD. gemeinsam mit den Kommunisten aller Schattierungen und den von ihr „bekämpften“ Nazis auch die Gewerkschaften und die Eisernen Front sprengen will. Das wird ihr ja ebensowenig gelingen wie das Spalten der SPD. Der wahre SAD.-Charakter ist aber damit erkannt.

Neue Verordnung über die Arbeitsaufnahme durch nicht-saarländische Arbeitnehmer im Saargebiet. Nach einer neuen Verordnung der Reaktionskommission des Saargebietes sind alle Personen, die nicht im Besitz der Genehmigung zum dauernden Aufenthalt sind, verpflichtet, die Ausstellung einer Legitimationskarte zu beantragen. Die Verpflichtung erstreckt sich praktisch jedoch nur auf Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte). Sofern es sich um den besuchswisen Aufenthalt im Saargebiet handelt, bleibt es bei der bisherigen Übung. Die Legitimationskarte kann durch den Antragsteller persönlich, den Arbeitgeber oder die Gewerkschaften gestellt werden. Zuständig für die Entgegennahme der Anträge sind die Ortspolizeibehörden. Die Ausstellung der Karte darf nur auf Grund einwandfreier Heimat- oder Reisepapiere (Paß, Personalausweis) erfolgen. Personen, die im Besitz einer Legitimationskarte sein müssen, dürfen ohne Vorlage der Karte nicht eingestellt werden. Die Ausstellung der Karte ist zu verweigern, wenn für den Geschäftserfolg aus den Reihen der saarländischen Erwerbslosen gestellt werden kann. Die neue Regelung erstreckt sich auch auf solche Arbeitnehmer, die bereits im Besitz der Genehmigung zur Arbeitsaufnahme im Saargebiet sind. Ausgenommen sind lediglich diejenigen, die im Besitz der Genehmigung zum dauernden Aufenthalt sind. Alle Paßvermerke nach denen die Arbeitsaufnahme gestattet ist (beschriftete und solche, die „bis auf weiteres“ lauten), werden automatisch ungültig und müssen bis zum 1. Mai 1932 durch die Legitimationskarte ersetzt werden. Da die Karte ein Lichtbild des Inhabers führen muß, empfiehlt es sich, bei Antragsstellung, die auf einheitlichem Formular erfolgt, ein Lichtbild (Brustbild 6x8 Zentimeter) vorzulegen. Antragsformulare können bei den Polizeiverwaltungen oder dem Arbeitsamt der Regierung bezogen werden. Die Ausstellung oder Verlängerung der Legitimationskarte erfolgt gebührenfrei. Die Gebühr für eine weitere Ausfertigung als Ersatz für eine verlorengegangene Karte beträgt 5 Fr. Es muß jedem in Frage kommenden Arbeitnehmer im eigenen Interesse die Beobachtung dieser Vorschriften dringend empfohlen werden.

BRIEFKASTEN

Auf Wunsch vieler Verbandsfunktionäre soll die jeweilige Nummer der „Gewerkschaft“ mit der jeweiligen Nummer der Beitragswoche wieder in Einklang gebracht werden, wie es früher war. Die heutige Ausgabe der „Gewerkschaft“ erscheint daher als Doppelnummer.

Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

VII.

Auf den Straßen schrien die Zeitungsverkäufer bereits Extrablätter aus. Die Nachrichten drangen in das Restaurant, pflanzten sich fort von Tisch zu Tisch... man diskutierte... die Köpfe erhitzten sich. Jetzt besetzte eine Gruppe junger Leute in Lederjacks, deren Knopfloch irgendein Abzeichen zierte, geräuschvoll den benachbarten Tisch, und einer von ihnen zog einen großen Anschlag hervor, den er zu ihrer ersichtlichen Freude entfaltete.

„Was mag das sein?“ meinte Joan.

„Werden wir sofort wissen, Chef. Auf Spionage verstehe ich mich!“ Und Blain, nicht länger der Rebell, sondern unverkennbar der konventionelle ehemalige Offizier, schlenderte hinüber zu den Leuten am Nachbartisch, die ihn wohl für einen der ihrigen hielten und bereitwilligst Auskunft erteilten. „Wenn das nicht merkwürdig ist!“ sagte er, als er zu seinen Freunden zurückkehrte. „Sie haben einen Freiwilligenaufruf der Regierung, aber mit dem Datum von gestern. Das sieht ja aus, als habe sie die Verhandlungen heute nur zum Schein geführt!“ Joan hörte nur mit halbem Ohr die Äußerungen und Meinungen, die diese Entdeckung auslöste. Sie war todmüde, sogar zu müde, um aufzustehen und heimzufahren. Die Aufregung des Tages, der einer im Eisenbahnwagen verbrachten schlaflosen Nacht folgte, hatte sie völlig erschöpft. Und wie bisweilen, wenn der Körper schläft, vor dem inneren Auge Visionen — gleich Bildern — vorüberziehen, stieg inmitten des Stimmengewirres des strahlend erleuchteten Restaurants England vor ihr auf — die großen Stahlzentren des Nordens, die ihr so vertrauten Bergarbeiterfriedlungen, die hüllten, in denen sie auf ihren Organisationsfahrten gewirkt hatte. Rechtsschaffene Männer und Frauen, Sklaven einer viel zu harten Arbeit, zusammengedrängt in trostlosen, unbehaglichen Wohnungen — kein Bad, kein warmes Wasser, nicht die geringste Annehmlichkeit, und seit wenigstens fünf Jahren Mangel an Nahrungsmitteln und warmer Kleidung. Welch ausgezeichnetes Menschenmaterial, und wie sinnlos wurde es verbraucht! Oh, dieser Hochmut selbst bei Wohlgefinnten der besitzenden Klassen, diese arrogante Annahme, daß Menschen, weil sie Handarbeiter waren, einer minderwertigen Rasse angehörten! Die schamlose Lüge, ein Ausbeutungssystem aufrechtzuerhalten, dessen Zusammenbruch die wirklich klugen Köpfe unter ihnen schon ahnten; das Hintertreiben aller Maßnahmen, die vielleicht ihre übermäßigen Profite schmälern möchten! Sie haßten Gleichheit. Sie vermochten sich keinen Staat ohne irgendeine Persönlichkeit, vor der sie sich verbeugten, und ohne die vielen anderen, die vor ihnen kriechen sollten, vorzustellen. Das sozialistische Ideal, die Republik der Gleichen, einfach in ihrem Privatleben, doch großzügig in ihrer Volksfürsorge, war den herrschenden Klassen Englands fremd.

Und jetzt dieser Streik! Gereichte es irgend jemand zum Vorteil, die Bergarbeiter in noch größerem Elend zu stürzen?... Es war dumm, so sagen, daß einige Gruben sich nicht rentieren — gewiß, einige würden nie wieder glänzende Profite abwerfen, ausgenommen in einem neuen Krieg. Dennoch wurde kein Versuch gemacht zu einer Neugestaltung auf nationaler Basis, kein Versuch, das Gewirr alter Rechte und Privilegien zu durchschneiden, der wucherhaften Konkurrenz Einhalt zu tun, den Bergbau als staatliches Unternehmen zu betreiben. Wenn man die Bezüge der englischen Bergarbeiter beschneidet, so geschah ein Gleiches bald in Deutschland, und der alte Wettlauf in Hungerlöhnen begann damit aufs neue. Die vierundzwanzig Millionen Pfund Subsidien der Regierung, mit denen man unter kluger Leitung zur Reorganisation der bestehenden Verhältnisse hätte schreiten können — wo waren sie? Hineingeworfen in den bodenlose Loch unbegrenzter Konkurrenz!

Nein, auch ein Generalstreik vermochte nicht zu helfen, wenn er nicht mit einer Umwälzung, mit einer Revolution endete und die Arbeiter nicht wirklich die Kontrolle übernahmen. Revolution? Und dann? ... Dann würden in den Kohlengebieten die Bergleute einzig und allein mit nackten Händen, dem Mut der Ueberzeugung und dem Glauben an ihre gerechte Sache gegen spetende Maschinen-gewehre kämpfen. Joan überließ es eiskalt.

Anthony Dacre, der ihr Zusammenschauern gewahrte, sprang von seinem Stuhl auf.

„Was für rücksichtslose Gesellen sind wir doch insgesamt! Sie müssen ja todmüde sein. Schnell, ich bringe Sie jetzt sofort zu Mary Maud. Gute Nacht!“ verabschiedete er sich von den anderen. „Morgen vormittag treffen wir uns vor der Halle.“

„Erzählen Sie mir etwas von Blain“, bat Joan im Auto. „Wer ist er?“

„Gerald Blain? Nun, Hauptmann im Kriege, und holte sich als solcher die höchsten Auszeichnungen. Außerdem ist er der beste Kamerad und die größte Plage für seine langmütigen Freunde.“

„Und was kümmert ihn die Arbeiterbewegung? Nimmt er, von der Höhe seiner Verdienstkreuze herab, nur ein akademisches Interesse an uns?“

„Gewannen Sie diesen Eindruck?“

„Nein, und deswegen lockt es mich ja, über ihn mehr zu erfahren.“

„Augenblicklich mühen sich seine Freunde ab, ihn vor der kommunistischen Partei zu bewahren. Weiß der Himmel, wo er landen wird, wenn dieser Streik andauert... Sie hörten wohl, daß sie ihn Chitblain (= Pestbeule) nennen?“

„Seine Freunde sollten sich schämen!“ erklärte Joan in ihrer franken, impulsiven Art.

„Was kann man anderes erwarten, wenn man Blain heißt!... Mit sechzehn Jahren meldete er sich zum Militär, legte mit siebzehn seine Prüfung als Flugzeugführer ab — vermutlich mit den üblichen Tugenden hinsichtlich seines Alters — und wurde im letzten Kriegsjahr über der See abgeschossen, wobei ihm das Glück widerfuhr, unweit eines britischen Lazarettschiffes ins Wasser zu purzeln. Inwendig ist er ganz kaputt — alles silberne Röhren; außen ist er zusammengeknürrt.“

„Armer Junge! Und dann?“

„Die Ärzte flickten ihn wunderbar, und am Abend des Waffenstillstandes holte ihn sein Vater, der mit Heereslieferungen Millionen verdient hatte, aus der Klinik zu einem pompösen Fest im Savoy Hotel. Oh, der Alte war so stolz auf seinen Sohn, als hätte dieser den Krieg allein gewonnen! Alles trank sich vor Begeisterung einen tüchtigen Rausch an, nur Gerry nippte an seinem Glas — in erster Linie wohl wegen seiner inneren Röhren; doch als die Nacht vorrückte, loberte er vor Zorn. Er empfand diese besoffene Fröhlichkeit als eine Beleidigung, die man seinen toten Kameraden zufügte, und machte den Gästen gegenüber aus seiner Ansicht kein Hehl. Bald darauf gab es zwischen ihm und seinem Vater einen heftigen Streit über dessen Kriegsgewinne, der damit endete, daß Gerry sich weigerte, noch einen Penny von dem Alten anzunehmen. Seitdem lebt er von seiner Pension und von dem, was ihm die Schriftstellerei einbringt. Er schreibt sogar recht nett, kommt aber selten dazu, da er seine Hauptzeit und Hauptkraft für pazifistische Tagungen verbraucht.“

„Blain ein Pazifist?... Aber Sie sagten doch, er wolle Kommunist werden?“

„Es sind die kapitalistischen Kriege, gegen die Blain eifert. Hingegen erklärt er, daß er liebend gern beim Bau von Revolutionsbarrikaden Hand anlegen würde, und deshalb bin ich ja auch ein wenig besorgt, was er in einer Krise wie der jetzigen anstellen wird... Aha, Gordon Square! Ich werde einen Augenblick mit hineinkommen, um Mary Maud zu sagen, daß Sie sich in guten Händen befinden.“

Gegen halb elf Uhr morgens stand Mary Maud mit einer Tasse Tee am Bett des jungen Mädchens.

„Ausgeruht, Joan?“

„Oh, ich habe geschlafen wie ein Murmeltier!...“

„Kommen Sie mit zur Versammlung?“ erkundigte sich Joan, als sie etwas später das Frühstück hastig heruntereschlang.

„Ich möchte gern, aber das lange Stehen ist nichts für mich. Wann kann ich Sie abholen?“

„Um vier wird wohl alles zu Ende sein; wenn nicht, rufe ich an“, entgegnete Joan und sauste aus dem Zimmer.

An der Gedächtnishalle mußte sie sich mit Hilfe ihrer Ellenbogen einen Weg durch die Menschenmauer bahnen, denn da die Zeitungen voll waren mit Berichten und Schilderungen der drohenden Lage, stand die Arbeiterkonferenz nunmehr im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Weher Dacre noch Blain konnte sie in dem Gewühl entdecken; doch im Pressezimmer wurde ihr ein Brief von Kopf ausgehändigt, der eine kostbare Einlaßkarte enthielt. Die Begleitzeilen besagten:

„Robinson ist erkrankt und heimgefahren. Er hat mir seine Karte für Sie dgelassen. Bewahren Sie Stillschweigen darüber, damit wir uns nicht Unannehmlichkeiten aussetzen. Hoffe, Sie zum Lunch zu sehen. In Liebe M. R.“

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Ge. amt.-Verbandes, Berlin SO16, Milchackerdplatz
 Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schleißische Straße 42